20 Jahre EWG - Block der kapitalistischen Monopole und neokolonialistische Großmacht Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 15 vom 15. April 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

100 Jahre Waffenschmiede Blohm und Voss

Rüstungsproduktion für den Krieg

Bundeskanzler Schmidt erwies seine Reverenz, die Hamburger Zeitungen überschlugen sich mit huldigenden Artikeln: die Bosse und Bonzen feierten den 100. Geburtstag von „Blohm & Voss". Sie tranken auf das Wohl der brutalsten kapitalistischen Ausbeutung und ließen die Kriegsverbrecher und Völkermörder, die Waffenfabrikanten der Armeen des Kaisers und Hitlers hochleben. Denn immer war „Blohm & Voss" eine der größten und wichtigsten Waffenschmieden der deutschen Imperialisten. Hier wurden die Schlachtschiffe, Kreuzer und U-Boote für die Weltherrschaftspläne des deutschen Imperialismus gebaut. Und auch heute, 32 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges, ist „Blohm & Voss" wieder dick im Rüstungsgeschäft. Wieder ist die Produktion für den Krieg das große Geschäft, ist „Blohm & Voss", heute im Besitz des Thyssen-Konzerns, eine der Waffenschmieden der Bundeswehr.

Heute gehören die deutschen Imperialisten nach den beiden imperialistischen Supermächten wieder zu den mächtigsten imperialistischen Staaten, die anmaßend verkünden: „Wir sind wieder wer!" Kaum waren 15 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges vergangen, machten sich die Schlotbarone und Ruhrmagnaten, die, wie Krupp, nach dem Ende des 2. Weltkrieges heuchlerisch geschworen hatten, nie wieder Waffen produzieren zu wollen, an das einträgliche Rüstungsgeschäft. Seitdem läuft dieses Geschäft auf Hochtouren, dreht sich das Rüstungskarussel von Jahr zu Jahr schneller. Und alle sind wieder dabei: Die westdeutschen Monopolkapitalisten, die zwei Weltkriege angezettelt haben, um sich die Völker der Welt zu unterwerfen. Die Kriegsverbrecher, auf deren Konto über 50 Millionen tote, verwundete und verstümmelte Werktätige gehen. Die mit der Produktion von Schlachtschiffen, Bombern, Panzern und Granaten riesige Profite, Milliardensummen, einsackten und dafür die werktätige Jugend auf den Schlachtfeldern der imperialistischen Kriege in den Tod hetzten. **Damals wie heute die gleichen Namen: Krupp, Flick, Siemens, BASF, Bayer und Hoechst, Röchling, Quandt und Thyssen mit Blohm & Voss, Haniel, Messerschmitt, Dornier usw. usf. — die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.** Nehmen wir „Blohm & Voss", deren 100. Geburtstag die Kapitalisten am 5. April mit großem Pomp gefeiert haben, als Beispiel.

„Knochenmühle" und „Werft der schwimmenden Särge"

„Knochenmühle" und „Werft der schwimmenden Särge", so nannten die Arbeiter die Werft. Sie hatten und haben allen Grund dazu. Werftarbeit ist Schwerstarbeit. Und immer holten die Kapitalisten das Letzte aus den Arbeitern heraus. „Immer schneller, immer mehr für unseren Profit", hieß ihre Devise. Skrupellos gingen die Gebrüder Blohm über Leichen. 1930 schrieb die „AIZ" in einer Reportage: *Abgequetschte Finger, gebrochene Beine, zerbrochene Rippen, Todesfälle sind die Wahrzeichen der Entwicklung dieses hochkapitalistischen Unternehmens.*" Damals starben im Jahresdurchschnitt 18 Arbeiter auf der Werft durch Unglücksfälle, ermordet durch die Profitgier der Kapitalisten. Daran hat sich bis heute nicht viel geändert. Getrieben von ihrem Streben nach Höchstprofiten rationalisieren die Thyssenkapitalisten den Betrieb durch, entlassen zahlreiche Kollegen und drücken die Akkordvorgabezeiten. Und wieder häufen sich die Arbeitsunfälle, sterben Kollegen für den Profit der Kapitalisten. Die kapitalistische Ausbeutung hat ihr Gesicht nicht gewandelt.

„Der Arbeiter", heißt es in „Frischer Wind", der Betriebszeitung der KPD/ML zum Jubiläum der kapitalistischen Ausbeutung, *„findet nur solange einen Arbeitsplatz und seinen Lohn, solange das Kapital aus der Ausbeutung seiner Arbeitskraft Profit herausholen kann. In der Krise, die der Kapitalismus immer wieder produziert, wird der Arbeiter auf die*

Fortsetzung auf Seite 5



Schichtbeginn bei Blohm & Voss

Nach dem Attentat auf Buback

Hetze gegen die revolutionäre Gewalt

Am Gründonnerstag wurde in Karlsruhe der Generalbundesanwalt Buback, als er gerade auf dem Weg in sein Amt war, erschossen. Als verantwortlich für seine Erschießung meldete sich später eine „Aktionsgemeinschaft Ulrike Meinhof". Nach dem Attentat hat eine wilde Hetze gegen die revolutionäre Bewegung in der Bundesrepublik eingesetzt. Zugleich vergossen die Schmidt, Strauß, Genscher und Maihofer Tränen über Buback und konnten nicht genug Worte finden, um ihn als „standhaften Verteidiger des Rechtsstaates", als „Hüter der Freiheit der Bürger", ja sogar als „ehrenhaften Mann" zu preisen. Ein „Staatsbegräbnis" wurde angeordnet.

Aber wer war Buback denn in Wirklichkeit?

Buback war einer der Hauptverantwortlichen für die barbarische Isolationshaft der Gefangenen der RAF. Die ständige Verschärfung ihrer Haftbedingungen, ihre psychische Folterung in den toten Trakts von Stammheim, Ossendorf und anderen Gefängnissen, ihre vollständige Isolierung von der Außenwelt in von allen äußeren Einflüssen abgeschnittenen Zellen, waren von ihm immer wieder erhobene Forderungen. Der Tod von Katharina Hammerschmidt, Holger Meins und Ulrike Meinhof ist damit auch von ihm zu verantworten.

Buback war einer der Hauptvertreter der drastischen Einschränkung der Rechte der Verteidiger in politischen Prozessen. Ihre Bespitzelung und Überwachung, das Abhören ihrer Telephone und das Anbringen von Wanzen in den Gefängnissen waren für ihn „legitim". Auf sein Betreiben wurden zahlreiche Verteidiger von der Verteidigung im Stammheimer Prozeß ausgeschlossen, den er als Schauprozeß mit dem Ziel hoher Freiheitsstrafen für die Angeklagten führen ließ.

Jeden brutalen Überfall der Polizei auf revolutionäre und fortschrittliche Menschen hat Buback verteidigt.

Seine Behörde ist eines der Zentren der Verfolgung und Unterdrükkung der revolutionären Bewegung.

Buback war einer der höchsten Vertreter der kapitalistischen Ausbeuter- und Unterdrückerordnung, ein erbitterter Feind des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, ein geschworener Feind des Kommunismus und des Fortschritts. Verständlich, daß die Bourgeoisie und ihre Lakaien über seinen Tod Tränen vergießen

Fortsetzung auf Seite 2

Kapitalisten lügen frech: "Kein Lehrstellenmangel"

Bonn stimmt zu-Berufsbildungsabgabe gestrichen

Seit Jahren sind Hunderttausende von Jugendlichen in der Bundesrepublik ohne Ausbildung, ohne Arbeit, ohne Einkommen, ohne berufliche und wirtschaftliche Perspektive. Und dieses Heer der zu Arbeitslosigkeit oder zu unverschämt schlecht bezahlter ungelernter Arbeit verdammte Jugendliche wächst weiter an. Ebenso wächst jedoch auch die Empörung in der Jugend und im werktätigen Volk, wächst der Haß auf diese kapitalistische Ausbeuterordnung und auf diejenigen, die an dem Elend schuld sind: die Kapitalisten, der Bonner Staat und die bürgerlichen Politiker. Vor diesem Haß haben die Bonner Herren Angst und sie versuchen deshalb den Anschein zu erwecken, die Regierung tue etwas, um der Ausbildungsmisere beizukommen. Dazu dienen die gesetzlichen Bestimmungen, die erlassen und die von der Presse und dem Fernsehen dann groß herausgestellt werden.

Im vergangenen Jahr wurde in Bonn das „Ausbildungsförderungsgesetz" verabschiedet. Es sieht vor, daß ab 1977 alle Unternehmen mit einer Lohn- und Gehaltssumme von jährlich über 400.000 Mark eine „Berufsbildungsabgabe" an den Staat abführen müssen, Voraussetzung ist, daß das Angebot an Ausbildungsplätzen in dem entsprechenden Jahr die Nachfrage um nicht mehr als 12,5 Prozent übersteigt. Man sollte nun doch annehmen, daß nur Verrückte an der Tatsache zweifeln können, daß zur Zeit nicht etwa ein Überhang an angebotenen Lehrstellen, sondern vielmehr ein großer Lehrstellenmangel bei uns besteht. Und sogar die Regierung, die ja für ihre penetrante Beschönigung der Lage bekannt ist, kam anfangs nicht umhin, einen statistischen Mangel an Ausbildungsplätzen zu registrieren.

Was jedoch offen auf der Hand liegt, ist für einen Unternehmer noch lange keine Tatsache, wenn es um sein Geld geht. Die Kapitalistenver-

Fortsetzung auf Seite 4, Spalte 3

AUS DEM INHALT

Wahlen in Albanien
Grossartiger Ausdruck der revolutionären Einheit

Mit den Wahlen zu den Volksräten und Volksgerichten, die am 3. April in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien abgehalten wurden, erzielten das albanische Volk und die Demokratische Front unter der Führung der Partei der Arbeit Albaniens bei der Festigung der Volksmacht einen glänzenden Sieg. Die Gesamtzahl der in den Wählerverzeichnissen eingetragenen Wähler für die Volksräte und Volksgerichte beträgt 1.354.992. An der Abstimmung nahmen 100% aller Wahlberechtigten teil, und über 99,99 Prozent der Wähler stimmten für die Kandidaten der Demokratischen Front. Das ist ein klarer Ausdruck der ehernen und beispiellosen Einheit des albanischen Volkes, das eng um die revolutionäre Volksmacht geschart ist.

Zwischen Wahlen in einem kapitalistischen Land wie bei uns in der Bundesrepublik oder auch in der DDR und Wahlen in einem wahrhaft sozialistischen Land wie Albanien besteht ein Unterschied wie zwischen Tag und Nacht. In einem kapitalistischen Land dienen Wahlen dazu, die Ausbeutung und Unterdrückung der Millionenmassen des Proletariats und der anderen Werktätigen durch die Kapitalistenklasse mit einer „demokratischen" Tünche zu kaschieren. Solche Tatsachen wie z.B. die, daß die gewählten Politiker, kaum daß die Wahlen beendet sind, schon ihre Versprechungen brechen und die Interessen der Werktätigen mit Füßen treten, zeigen den betrügerischen Charakter der Wahlen im Kapitalismus.

Die bürgerliche Propaganda tönt nun, wir hätten hier wirklich „freie Wahlen", weil wir hier einen Parteienpluralismus hätten, im Gegensatz zu den „totalitären Regimen". In Wahrheit kann es jedoch keine freien Wahlen geben, wo die Arbeiterklasse ausgebeutet und unterdrückt, wo sie dem kapitalistischen Joch der Lohnsklaverei unterworfen ist. Zwar können wir mit unserer Stimme Einfluß nehmen, ob nun der rechte oder der linke Stiefel des Kapitals das werktätige Volk treten soll, ob wir in den kommenden vier Jahren von einer „christlich-sozialen", einer „sozialliberalen" oder eventuell von einer „sozialistischen" Betrügerbande regiert werden, aber hat das was mit wirklicher Demokratie, mit „Volksherrschaft" zu tun?

Hinter der „demokratischen" Fassade des Bonner Staates steckt die Diktatur der Kapitalistenklasse, die Diktatur einer Handvoll Ausbeuter, die im Besitz der Fabriken und Banken sind, die allen Reichtum in ihren Händen konzentrieren und die auch die Regierung, den Staatsapparat, die Massenmedien usw. kontrollieren und zur Niederhaltung der Arbeiterklasse benutzen.

Auch in Albanien herrscht eine Diktatur: die Diktatur des Proletariats. Eine „reine Demokratie", die unabhängig von den Klassen und vom Klassenkampf ist, gibt es nirgendwo und kann es nirgends geben. Jeder Staat ist Instrument der Herrschaft seiner Klasse und dient der Unterdrückung anderer Klassen und Schichten. Aber die Diktatur, die in Albanien herrscht, tarnt sicht nicht wie der Bonner Staat als „klassenlose Demokratie". Weil sie nicht die Diktatur einer Minderheit über die Mehrheit der Gesellschaft ist, sondern im Einklang mit den Interessen der werktätigen Massen steht, weil sie eine Diktatur der Mehrheit über die Minderheit der Ausbeuter ist, die durch die Revolution gestürzt und entmachtet wurden, weil sie eine Diktatur ist, die gleichzeitig die Grundlage der umfassendsten und tiefsten Demokratie für die Werktätigen darstellt, braucht die Diktatur des Proletariats sich nicht zu verstecken.

Sicher haben wir in der Bundesrepublik noch etwas „mehr Demokratie" als etwa in der DDR oder in Spanien. Aber gegenüber dieser verstümmelten und kastrierten bürgerlichen Demokratie ist die revolutionäre Diktatur des Proletariats millionenfach demokratischer. Ist es denn überhaupt vorstellbar, daß hier bei uns so wie in Albanien die Justizorgane, die Richter und Staatsanwälte, vom Volk gewählt werden? Daß die Kandidaten von den Arbeitern und anderen Werktätigen vorgeschlagen werden, daß sie jederzeit wieder abwählbar sind, wenn sie nicht mehr das Vertrauen der Massen genießen? Nein, das ist nicht vorstellbar. Das Recht der Staatsbürger, frei ihre Vertreter in die staatlichen Machtorgane –von den niedrigsten bis zu den höchsten, von den Dorfräten bis zur Volksversammlung– zu wählen, das Recht, sie wieder abzuwählen, wenn sie sich nicht bewähren, wie es im sozialistischen Albanien real existiert und in der Verfassung verankert ist, ist in einem bürgerlichen Staat undenkbar, denn die Machtorgane sind hier nicht dazu da, die Interessen des Volkes zu wahren, sondern das Volk zu unterdrücken und die Herrschaft der Ausbeuter zu sichern.

Auch z. B. die Tatsache, daß in der Volkskammer Albaniens mehrheitlich Arbeiter und Genossenschaftsbauern sitzen, die nach wie vor in der Produktion arbeiten, im Gegensatz zum Bundestag, wo kein einziger wirklicher Arbeiter zu finden ist, wirft ein Licht auf die Frage, wo wirklich Demokratie für das Volk herrscht.(Abgesehen davon, daß der Bundestag nur eine Schwatzbude ist, mit dem Auftrag, dem Volk Sand in die Augen zu streuen, während die wirklichen Entscheidungen in den Chefetagen der Konzerne gefällt werden.)

Daß im Sozialismus unter der Diktatur des Proletariats nur eine Partei regiert und zugelassen ist, ist keineswegs ein Beweis dafür, daß dort keine Demokratie herrscht, wie es die bürgerliche Propaganda einreden will. Im Gegenteil: Ohne die Unterdrückung der bürgerlichen Parteien, die die Klasseninteressen der gestürzten Ausbeuter und jener Elemente vertreten, die sich als neue Bonzen nach oben schwingen wollen, kann die sozialistische Demokratie der Werktätigen nicht verwirklicht und verteidigt werden. Die Arbeiterklasse braucht nur eine Partei: ihre revolutionäre Partei, ihre marxistisch-leninistische Vorhutorganisation. Die zeigt ihr im revolutionären Kampf für die Erringung und Festigung ihrer Herrschaft den Weg, schließt sie fest zusammen und sorgt als ihr Kampfstab dafür, daß das Proletariat einheitlich in gleichem Schritt vorwärtsmarschieren und die Revolution stets weitertreiben kann. Die Arbeiterklasse muß mit Hilfe der Partei die anderen Werktätigen um sich scharen und führen, damit diejenigen, die den Kapitalismus restaurieren wollen, die den revisionistischen Weg durchsetzen wollen, wie er in der Sowjetunion oder der DDR beschritten wurde, auf Granit beißen und keine Chance haben, das Volk zu spalten, zu betrügen und die Diktatur des Proletariats zu stürzen.

Die Bourgeoisie gibt demagogisch „das Recht", Parteien zu wählen, die das Volk betrügen und die Interessen seiner Feinde, der Ausbeuter und Unterdrücker vertreten (bzw., die den Kampf für seine Interessen sabotieren, verraten und abwiegeln), als Demokratie — „Volksherrschaft" — aus. In Albanien verzichten die Arbeiter und anderen Werktätigen dankend auf ein solches „Recht". Sie haben dafür demokratische Rechte, von denen wir hier nur träumen können. Rechte, die die Massen in die Lage versetzen, an der Regierung zunehmend diret und unmittelbar aktiv mitzuwirken. Sie haben auch das Recht, den Staat und die Partei von unten zu kontrollieren. Dazu dient z. B. die Arbeiter- und Bauernkontrolle in Albanien.

Daß die Wahlen in Albanien zu den Volksräten und Volksgerichten eine solche großartige Einmütigkeit des Volkes demonstrieren, wie es sich in dem Wahlergebnis (99,99 Prozent für die Kandidaten der Demokratischen Front) ausdrückt, wird manchem hier unbegreiflich erscheinen. Aber diese Einmütigkeit ist eben Ausdruck für die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und der werktätigen Massen, die in Albanien von der PAA in langen revolutionären Kämpfen und Klassenschlachten geschmiedet wurde.

Sicher, im Kapitalismus, wo die Bourgeoisie herrscht und die Massen ausbeutet und unterdrückt, wo die Bourgeoisie alle Mittel und Instrumente in der Hand hat, um die Massen zu betrügen, sie tagtäglich mit ihrer reaktionären Ideologie massiv zu beeinflussen und mit ihren Agenturen, wie dem DGB-Apparat, zu spalten, ist es sehr schwer und nur im Verlauf vieler Kämpfe möglich, die Vereinigung für die Revolution zu erreichen. Aber es ist möglich und wir müssen unbeirrt dafür kämpfen. Dafür gibt es eine feste Basis: das Interesse aller Ausgebeuteten und Unterdrückten an der Beseitigung der verfaulten, verrotteten, unmenschlichen Ausbeuterherrschaft des Kapitals, an der sozialistischen Revolution, die mit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen Schluß macht und den werktätigen Massen zum ersten Mal ein glückliches Leben, ein Leben ohne Not und Elend, ohne Sklaverei, ein Leben in wirklicher Freiheit ermöglicht. Ist erst die Herrschaft der Bourgeoisie gestürzt und die Diktatur des Proletariats errichtet, dann kann durch die Kommunistische Partei die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern und anderen Werktätigen gefestigt und immer weiter ausgebaut und vervollkommnet werden.

Das Wahlergebnis in Albanien zeigt, daß die Revolution unter Führung der Partei der Arbeit Albaniens großartige Siege errungen hat, daß die Führung durch die PAA korrekt ist und den Interessen des Proletariats und der Werktätigen zum Durchbruch verhilft. Es zeigt, wie gefestigt und tief verankert im Volk die Diktatur des Proletariats, die revolutionäre Volksmacht in Albanien ist.

Hetze gegen die revolutionäre Gewalt

Fortsetzung von Seite 1

und ihr Mitgefühl bekunden.

Nach dem Attentat auf Buback hat eine wilde Hetze der Bourgeoisie gegen den Terrorismus begonnen, um die revolutionäre Gewalt der Massen gegen den kapitalistischen Staat zu verteufeln. In diesem Zusammenhang hat die Bourgeoisie das Attentat auf Buback auch mit der Strategie und Taktik der KPD/ML in Verbindung gebracht.

Unsere Partei hat die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt gegen den kapitalistischen Staat, und um die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen, immer bejaht. Die Arbeiterklasse kann sich nur befreien, wenn sie sich als Klasse unter der Führung ihrer marxistisch-leninistischen Partei in der sozialistischen Revolution erhebt, die Herrschaft der Kapitalistenklasse gewaltsam zerschlägt und die Diktatur des Proletariats errichtet. Es ist deshalb heute notwendig, die fortschrittlichen Arbeiter für dieses Ziel, für den Kommunismus, zu gewinnen, die Kämpfe der Massen auf dieses Ziel auszurichten und zu einer Schule der Revolution zu machen. Die Haltung der Marxisten-Leninisten gegen den individuellen Terror ist klar, und unsere Partei wird davon niemals abweichen.

In der Hetze der Bourgeoisie wird jetzt wieder die „Solidarität der Demokraten" und die „Verteidigung des Rechtsstaates" propagiert. Aber was ist denn dieser Rechtsstaat anderes, als die Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen? Und mit dem Schlagwort von der „Solidarität der Demokraten" ist schon in der Vergangenheit immer die politische Unterdrükkung, die Faschisierung vorangetrieben worden. Und auch jetzt plant die Bourgeoisie unter diesem Deckmantel neue Gesetze, um die Rechte der Werktätigen einzuschränken und sich die Mittel zu schaffen, sie noch stärker zu unterdrücken.

Terroristisch ist in Wirklichkeit die Bourgeoisie. Ihr Terror richtet sich gegen das Volk, dient der Verteidigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung gegen den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen.

Zur Information: Lenin über den individuellen Terror

1916, als der österreichische Revolutionär Adler einen Minister erschoß, sagte Lenin:

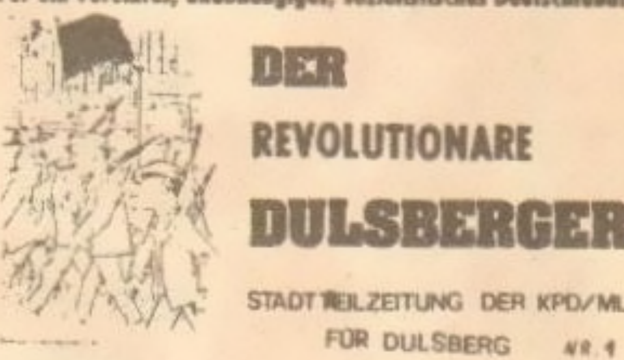
„Was die politische Beurteilung der Tat betrifft, so bleiben wir natürlich bei unserer alten, durch jahrzehntelange Erfahrung bestätigten Überzeugung, daß individuelle, terroristische Attentate unzweckmäßige Mittel des politischen Kampfes sind.

‚Killing is no murder', schrieb unsere alte ‚Iskra' über Attentate, wir sind aber nicht gegen politischen Mord ... aber als revolutionäre Taktik sind die individuellen Attentate unzweckmäßig und schädlich. Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Massenbewegung kann und muß auch individuelles terroristisches Handeln von Nutzen sein."

Kurz berichtet

HAMBURG

In Hamburg erschien jetzt die erste Ausgabe des „Revolutionären Dulsbergers", der Stadtteilzeitung der KPD/ML für Dulsberg. In der ersten Ausgabe der Zeitung enthüllen die Genossen die volksfeindlichen Pläne des Hamburger Senats bei der Sanierung des Stadtteilzentrums und klagen den Mietwucher der kapitalistischen Wohnungsbaugesellschaften an.



BREMEN

Über 80 Freunde und Genossen kamen am 3. April zum 2. Kulturabend der KPD/ML in Bremen. Viele der Besucher waren zum ersten Mal zu einer Veranstaltung der Partei gekommen. Der Kulturabend stand unter dem Motto: „Heraus zum Roten 1. Mai!"

Der Agitproptrupp „Rote Reporter" trug zunächst Lieder und Texte zur Geschichte des 1. Mai vor. Anschließend übten die Genossen und Freunde gemeinsam ein Theaterstück gegen die Entlassung des Roten Betriebsrates Gerd Coldewey bei Felten und Guilleaume in Nordenham ein. Außerdem verabschiedeten sie eine Resolution gegen die Entlassung. Zum Abschluß des Abends wurden über 200 DM für die Kulturarbeit der Partei gesammelt.

KIEL

Am 23. 3. führte die ROTE GARDE Kiel einen Soldatentreff durch, zu dem rund 20 Freunde und Genossen, darunter viele Soldaten, gekommen waren.

DORTMUND

Am Karfreitag hat in Dortmund-Hörde eine Veranstaltung der Partei zum Gedenken an 240 Kommunisten und Antifaschisten stattgefunden, die in der Umgebung dieses Stadtteils noch kurz vor dem Ende des 2. Weltkrieges ermordet worden waren. In einem Flugblatt, das vorher an allen Dortmunder Großbetrieben verteilt wurde, hatte die Partei zum Boykott der staatlichen „Gedenkfeier" aufgerufen. Diese offizielle Feier ist schon deshalb eine Provokation für alle Antifaschisten, weil die Begleitmusik von denen geliefert wird, die heute wieder die Werktätigen terrorisieren: die Repräsentanten des kapitalistischen Staates und die Polizei. Zu der Veranstaltung, die in einer revolutionären Atmosphäre stattgefunden hat, waren etwa 40 Freunde und Genossen gekommen. Sie wurde umrahmt von revolutionären und antifaschistischen Liedern, die der Dortmunder Agitproptrupp vorgetragen hat.

KIEL

In Kiel findet am 15. 4. 1977 eine Theaterveranstaltung mit der „Studiobühne Würzburg" statt. Es wird das Stück „Sacco & Vanzetti" aufgeführt. Beginn: 20.00 Uhr im Haus der Jugend in Kiel-Gaarden, Eintritt: 4,00 DM.

Offen gesagt ...
Auf Lübkes Spuren

Um in dem intensiven Gerangel der Imperialisten, besonders der Supermächte, um die Sicherung ihrer Einflußzonen im südlichen Afrika nicht zu kurz zu kommen, schickte Bonn die frischgebackene Entwicklungsministerin Marie Schlei in den letzten Wochen nach Sambia, Botswana und Kenia. *„Ich wäre ja ein schlechter Entwicklungsminister, wenn ich hier nicht die deutschen Interessen bei der Bodenschatz-Exploration und -Ausbeutung mit vertreten würde"*, so umriß sie ihren Auftrag. Doch die Reaktion der bürgerlichen Politiker auf die „Jungfernreise" von Frau Schlei, die an Borniertheit, rassistischer Arroganz gegenüber den Entwicklungsländern und Überheblichkeit einem Heinrich Lübke offenbar nicht nachsteht, war wenig begeistert: Zu plump vertrat sie die imperialistischen und neokolonialistischen Ambitionen Bonns.

Welch Geistes Kind Frau Schlei dabei ist, machte sie schon auf der Hinreise deutlich: *„Die Neger sind wie die Juden, die riechen, ob man sie mag"*, klärte sie ihre Begleiter auf. Bei der Besichtigung einer Baustelle räsonnierte sie über die afrikanischen Arbeiter frech: *„Die haben's gut, kurzer Vormittagsdienst, und dann gehen sie nach Hause und beaufsichtigen Mama."* Ein junger Botswanischer Metallarbeiter mußte es über sich ergehen lassen, bei einer Vorstellung von Frau Schlei wie ein exotischer Wilder behandelt zu werden: Sie kramte eine Nagelschere aus der Tasche und schnitt ihm eine Locke vom Kopf — *„als Souvenir"*.

Wo Frau Schlei auf ihrer Reise auftauchte, sparte sie nicht mit ungebetenen Ratschlägen und Belehrungen. *„Ich wette, daß es da durchregnet"*, tippte sie flott, als man ihr ein von Entwicklungshelfern gefertigtes Ziegeldach zeigte. Als man der Frau Ministerin zu widersprechen wagte, verlangte sie kategorisch: *„Schafft mir eine Leiter und eine Gießkanne her, ich will es euch beweisen!"* Nur mit Mühe konnte sie von ihrem Vorhaben abgebracht werden, das Dach zu besteigen und zu begießen. Es hätte ohnehin nichts genützt: Das Dach hatte gerade eine monatelange Regenzeit überstanden — ohne einen Tropfen durchzulassen... Solche Fehlschläge erschütterten die Schlei kaum. Mit beispielloser Arroganz erwiderte sie eine Rede des kenianischen Finanzministers, der seine ursprünglich auf drei Punkte beschränkte Rede etwas ausgedehnt hatte: *„Sie sind der einzige Finanzminister, der nicht bis drei zählen kann."*

In ihrer persönlichen und politischen Anmaßung („Frau Schlei war die Frau der Woche und hat allen die Show gestohlen", über sich selbst) trat sie gegenüber den besuchten Ländern auf, als sei ausgerechnet der westdeutsche Imperialismus der größte Gönner der afrikanischen Befreiungsbewegungen. Auf dem Flugplatz von Gaborone, Botswana, tönte sie schon von weitem dem Empfangskomitee entgegen: *„Ihr Finanzminister wird sich freuen!"* Die Politiker, die die ausgedehnte Unterstützung Bonns für die südafrikanischen Rassisten anprangerten, versuchte sie mit der „Logik" zu übertölpeln, der Abbruch der Wirtschaftsbeziehungen zu den Faschisten würde deutsche Arbeitsplätze in Gefahr bringen und so ja auch den von Bonn „Wirtschaftshilfe" empfangenden Ländern schaden. Deshalb sei die Unterstützung der Rassisten „auch zum Wohle Ihres Landes".

Über ihre Reise zog Frau Schlei die Bilanz: *„Wir haben den Afrikanern gezeigt, daß ... Deutschland auch da ist, wo alle anderen so stark sind."* In der Tat: Sie hat erneut den afrikanischen Völkern gezeigt, daß neben den amerikanischen und russischen Imperialisten auch die deutschen Monopole die geschworenen Feinde der nationalen Unabhängigkeit und der Revolution in Afrika sind. Was die neue Entwicklungsministerin Schlei von ihren Vorgängern unterscheidet, ist nur, daß sie es plumper und ungeschickter angefangen hat als diese.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 3005 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

9. Parteitag der SED -

Verschärfte Ausbeutung, neue Antreibermethoden

Als vor fast einem Jahr der 9. Parteitag der SED-Revisionisten eröffnet wurde fehlte es nicht an Versprechungen. Da hieß es, das Leben für die Werktätigen solle „schöner und inhaltsreicher" werden. Da war von 40-Stundenwoche, längerem Erholungsurlaub, Anhebung der Mindestrente usw. die Rede. Diese Versprechungen sollten scharfe Maßnahmen der neuen Bourgeoisie verzieren helfen, die unter den Schlagworten „Intensivierung der Produktion" und „Erhöhung der Arbeitsproduktivität" für die Werktätigen noch schärfere Ausbeutung, größere Arbeitshetze und Unterdrückung bedeuteten.

In einem Artikel aus der DDR-Ausgabe des „Roten Morgen", den wir im folgenden abdrucken, wird darauf eingegangen, welche Auswirkungen dieser 9. Parteitag der SED-Revisionisten für die Werktätigen in der DDR heute hat.

Glaubt man der Propaganda der Honecker-Clique, dann verbessert der Kurs des 9. Parteitages die Lebensverhältnisse der Arbeiter und anderen Teile des werktätigen Volkes. Aber Honecker ist doch genau wie Ulbricht ein Vertreter der neuen Bourgeoisie in der DDR und ein Lakai der neuen Zaren im Kreml. Das Maß aller Dinge ist bei ihnen der Profit. In Wirklichkeit spiegelt der Kurs des 9. Parteitages wider, daß das revisionistische Regime neue, üblere und raffiniertere Methoden der Ausbeutung entwickelt.

Im Unterschied zu dem Arbeiterverräter und Konterrevolutionär Ulbricht schwätzt Honecker heute nicht mehr vom „Arbeiter im weißen Kittel", der nur noch auf Knöpfchen zu drücken braucht. Heute wird ganz offen die Ausbeutung auf Kosten unserer Knochen verschärft. Die „anspruchsvollen Ziele", die Honecker auf dem 9. Parteitag beschließen ließ, sind nur auf die Steigerung der Profite gerichtet, und zwar auf unserem Rücken.

Wie die Betriebe ihre hohen Planvorgaben erfüllen wollen, ist doch klar: durch noch brutalere Arbeitshetze und mit kapitalistischen Antreibermethoden. Stempeluhren, Fernsehaugen, Bespitzelung, Antreiberlohnsysteme sind die Mittel. Ein Kollege sagte über die „leistungsorientierte" Lohnpolitik treffend: „Wir können zwar das gleiche, eventuell auch mehr verdienen, aber wir müssen entschieden mehr arbeiten als vor der neuen Lohnform." Außerdem soll durch die neuen Lohnformen die Arbeiterklasse gespalten werden. Wir sollen uns um die Pfennige raufen, damit wir nicht denen ans Leder gehen, die das große Geld abkassieren. Kollegen! Schließen wir uns dagegen solidarisch zusammen und kämpfen wir gegen die unverschämten Antreibermethoden der neuen Bourgeoisie!

Honecker proklamiert die Anwendung „technisch" begründeter Arbeitsnormen; also ständige Normenerhöhung auf Kosten unserer Gesundheit, denn physische und psychische Faktoren werden bei der Festsetzung der Normen völlig ignoriert. Um uns nach dem Motto, maßhalten und mehr arbeiten, zu trimmen, führt die neue Bourgeoisie auch ihre Lakaien aus unseren eigenen Reihen ins Feld. So gibt sich die Wicklerin Steinführer dafür her, die Ausbeutung der Kolleginnen und Kollegen voranzutreiben. Lange wird sie und ihre Familie nicht mehr in einer Zweizimmer-Altbauwohnung mit Ofenheizung sitzen. Die Herren werden sich sicherlich erkenntlich zeigen. Und warum wird denn die Altbauwohnung mit Ofenheizung gerade so herausgestellt? Damit soll doch an die Adresse der Arbeiter gesagt werden: „Seht an, ihr nimmersatten Faulenzer, die Genossin Steinführer lebt so schlecht und trotzdem arbeitet sie an sieben Maschinen. Also ran an die Arbeit; schindet euch hübsch drauflos, und nach Feierabend stopft ihr euch gefälligst Watte in die Ohren, wenn euch das Lärmen eurer Kinder stört, für die der Platz zum Spielen fehlt."

Hinter diesen Predigten stecken genau die Herrschaften, die von unserer Arbeit ein Luxusleben in komfortablen Wohnungen führen, Häuser mit Swimmingpool und Haussauna besitzen und über Hausangestellte und Chauffeur verfügen. Sie lassen sich mit Volvos durch die Gegend kutschieren. Sie zäunen ganze Waldgebiete und Seen mit Stacheldraht ein, um ungestört prassen zu können.

Nein, Kollegin Steinführer! Ohne uns! Um für diese Schmarotzer freiwillig noch mehr zu schuften, ist uns unsere Arbeitskraft zu schade. Hätten wir einen sozialistischen Staat, würden wir also tatsächlich für die Befreiung der Arbeiterklasse und für uns selbst arbeiten und nicht für eine neue Bourgeoisie, dann wäre es etwas anderes.

Honecker schreit nach höherer Auslastung der Maschinen. Wo es nur irgendwie möglich ist, soll in den kommenden Jahren die Mehrschichtarbeit eingeführt werden. Daß dies auf Kosten unserer Gesundheit geht und daß unser Familienleben zerstört wird, interessiert die Herren einen Dreck. Kann die Einführung der 40-Stundenwoche plus zwei Tage Sonderurlaub dafür etwa einen Ausgleich schaffen?! Unter den bei uns herrschenden bürgerlichen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen wird diese verschärfte Auspressung unserer Arbeitskraft dazu führen, daß die Zahl derer steigt, die nur noch im Alkohol oder in Tabletten einen Ausweg sehen. Schon heute steht in der DDR beim Verbrauch von Psychopharmaka mit an der Weltspitze! Auch der Alkoholkonsum steigt ständig.

Um uns mit diesen typisch kapitalistischen Erscheinungen des Elends zu versöhnen, schwatzt Honecker von wachsendem Realeinkommen. Wie steht es damit? Nehmen wir nur die versteckten Preiserhöhungen bei den Waren, die zu unserer Lebenserhaltung dienen, wie Grundnahrungsmittel, Kleidung usw. (z. B. kostet die Milch, seit sie in Tüten bzw. Pappquadern verpackt ist, zwei bis siebzehn Pfennige mehr, obwohl die Kosten für Transport und Verkauf geringer wurden.) Und selbst wenn wir etwas mehr verdienen — was ist das im Vergleich zum ständig steigenden Wohlstand der Bourgeoisie? Was ist unser Trabant und die Zweizimmer-Wohnung gegenüber mehreren Häusern und der schwarzen Limousine eines neuen Bourgeois? Aber davon abgesehen: Der Schein trügt, daß wir besser leben können, wenn wir ein bißchen mehr in der Lohntüte haben. Bei der enormen Belastung durch gesteigerte Arbeitshetze, Dreischichtsystem usw. brauchen wir ganz einfach auch mehr Waren als früher. Wir benötigen bessere Nahrung, mehr Dienstleistungen, moderne Haushaltsgeräte, sonst können wir doch unsere Arbeitskraft überhaupt nicht wiederherstellen. Das Geschwätz über steigende Realeinkommen ist im Grunde nichts als Demagogie, um die Realität zu verschleiern: die Verschärfung der Ausbeutung und die unter der Oberfläche sich abspielende zunehmende Verelendung des Proletariats.

Honecker und Co. brüsten sich dabei selbstzufrieden, wie stabil doch „unser Wirtschaftssystem" sei und daß es sich angeblich dynamisch entwickele. Aber das bedeutet nur, daß diese „Stabilität" und „Dynamik" lediglich die Stabilität verschärfter Ausbeutung und Dynamik des Raffens von Profiten durch die neuen Herren ist. Unsere revolutionäre Partei, die KPD/ML, wird erstarken. Unter den Kollegen wird die Klarheit darüber wachsen, daß die neue Bourgeoisie sich niemals auf den Sozialismus, den sie zerschlagen hat, „zurückbesinnen" wird, sondern daß nur ihr gewaltsamer Sturz durch die Revolution zur Wiedererrichtung des Sozialismus und zum Ende der Ausbeutung und Knechtung des Proletariats führt.

Die neuen Herren haben Angst vor uns. Nicht umsonst haben sie auf dem 9. Parteitag Begriffe wie „Diktatur des Proletariats" wieder aufleben lassen. Wir sollen uns daran gewöhnen, unter ihrer Ausbeuterherrschaft zu leben, und uns nicht wundern, wenn sie ihr Unterdrückerregime verschärfen.

Was heißt Diktatur des Proletariats? Das bedeutet, daß die Arbeiterklasse, geführt von ihrer revolutionären Vorhut, der marxistisch-leninistischen Partei, im Bündnis mit den Bauern und anderen Werktätigen alle bürgerlichen Kräfte schonungslos unterdrückt; und zwar sowohl die Überreste der gestürzten alten Ausbeuterklassen als auch alle neu entstehenden bürgerlichen Kräfte, die Privilegien beanspruchen und auf dem Rükken der werktätigen Massen ein Schmarotzerleben führen wollen. Diktatur des Proletariats bedeutet gleichzeitig wirkliche Demokratie für die Arbeiter und Werktätigen, bedeutet echte Kontrolle von unten über Partei und Staatsapparat, bedeutet, daß der Bürokratismus und der Technokratismus schärfstens bekämpft werden. Es bedeutet, daß der Klassenkampf weiter geführt und die Revolution ständig vorangetrieben wird, daß die Muttermale der alten Ausbeutergesellschaft langsam ausgemerzt, daß z. B. Lohnunterschiede, der Gegensatz von körperlicher und geistiger Arbeit usw. ständig weiter eingeschränkt werden. Europa kennt heute nur ein Land, in dem dies verwirklicht wird: Albanien, das einzig wirklich sozialistische Land Europas. Hier bei uns in der DDR herrscht genau das Gegenteil: Eine neue Bourgeoisie, die sich etablieren konnte, übt eine brutale Diktatur über die Arbeiterklasse und das werktätige Volk aus. Es ist eine himmelschreiende Gemeinheit und Demagogie, daß die Honecker-Clique für ihr sozialfaschistisches Regime den Namen der Diktatur des Proletariats mißbraucht, daß sie sich unverfroren als Vertreterin der Arbeiterklasse ausgibt, die sie doch ausbeutet und unterdrückt. Wer von uns Arbeiterinnen und Arbeitern der DDR fühlt sich denn als Angehöriger der herrschenden Klasse? Wer von uns ist denn der Meinung, daß wir die Partei und den Staatsapparat kontrollieren können? Wer glaubt denn im Ernst daran, daß die SED-Bonzen, daß Honecker und Co. revolutionäre Vorkämpfer unserer unterdrückten Klasse sind? Alle Beteuerungen und Wiederholungen der SED-Bonzen nutzen da nichts. Man kann nicht die Wirklichkeit auf den Kopf stellen.

Streiks in verschiedenen Betrieben

Trotz der immer perfekteren Unterdrückungsmaschinerie wächst die Kampfbereitschaft der arbeitenden Massen, wächst ihr Haß auf die Honecker-Clique, wächst ihr Klassenbewußtsein. Trotz der allgemeinen Nachrichtensperre diesbezüglich erreichten uns Berichte über Streiks und das Wachsen des Klassenkampfes. In einem Schweriner Großbetrieb streikten Arbeiter einen Tag lang gegen Normenerhöhungen. Daraufhin behielt man die alten Normen bei. Im Stahlwerk Brandenburg streikten Arbeiter für bessere Arbeitsbedingungen. In einem Berliner Betrieb führten die Kollegen einen Bummelstreik gegen die Einführung neuer Lohnformen durch.

Wir müssen uns gegen die neuen Herren im unversöhnlichen Kampf für unsere Interessen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung fest zusammenschließen. Und unser Kampf muß auf das Ziel ausgerichtet werden, das System des restaurierten Kapitalismus zu beseitigen, um erneut den Sozialismus, die wahrhafte Diktatur des Proletariats, zu errichten. Der Weg dahin führt nur über die gewaltsame Revolution, über den bewaffneten Sturz des Honecker-Regimes und die Vertreibung der sozialimperialistischen russischen Besatzer. Dieser Kampf wird schwer sein und Opfer kosten. Aber er ist unvermeidlich, und er wird uns von der schweren Last der Lohnsklaverei befreien.

Grosses Kriegsmanöver der Kremlzaren in Ungarn

Vor kurzem begannen, wie Radio Tirana berichtete, auf dem Territorium Ungarns die gemeinsamen Manöver der Streitkräfte des aggressiven Warschauer Paktes. Sie werden geleitet von dem Oberkommandierenden der Streitkräfte dieses Paktes, dem sozialimperialistischen Generalchef Kulikow und dem ebenfalls sowjetischen General Gribkow.

Diese erneuten Manöver finden keine sieben Monate nach einem ähnlich umfangreichen Manöver in Polen statt, das unter der Bezeichnung „Schild 76" durchgeführt wurde. Auch die neuen aggressiven Manöver zeigen, daß die sowjetischen Sozialimperialisten den Warschauer Pakt als grundlegendes Instrument ihrer Expansionspolitik benutzen. Und das nicht nur, um ihre Herrschaft und Kontrolle in Osteuropa zu verstärken, sondern in erster Linie auch, um sich auf Aggressionen gegen andere Länder und Völker vorzubereiten.

Beide Supermächte, der USA-Imperialismus wie der russische Sozialimperialismus, verschärfen in einem ständig wilderen Wettkampf ihre Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen. Dazu gehören nicht nur der Ausbau und die Modernisierung der Waffensysteme sowie die Erweiterung ihrer Truppen, sondern auch die Manöver beider imperialistischer Kriegsblöcke folgen immer öfter Schlag auf Schlag. So wurde das Manöver der russischen Sozialimperialisten angekündigt, unmittelbar nachdem gerade die Manöver des aggressiven NATO-Paktes unter der Bezeichnung „Wintex 77" in Westeuropa stattgefunden haben.

Wie den USA-Imperialisten in Westeuropa, so dienen den russischen Sozialimperialisten ihre Manöver in Polen und Ungarn gleichzeitig dazu, neue Truppenkontingente und Rüstungsgüter in die Länder zu schaffen, in denen die Manöver und Übungen ihres Kriegsapparates abgehalten werden. So hat in letzter Zeit die Zahl der sowjetischen Soldaten in Ungarn, aber auch in der DDR, Polen, Bulgarien und der Tschechoslowakei stark zugenommen. Dort werden neue Militärflughäfen und strategische Straßen für den Truppentransport gebaut. Allein im Jahre 1976 haben die neuen Zaren im Kreml auf diese Weise ihre Truppenverbände um 100.000 Mann verstärkt.

DDR-Regime bereitet Mobilmachung vor

„Entspannung", „Friedensabkommen", „Abrüstung" — daß all diese Parolen im Munde der Kremlzaren und ihrer Honecker-Clique in der DDR Phrasen und Täuschungsmanöver sind, dafür gibt es ein neuerliches Beispiel. In den ersten Monaten dieses Jahres erhielten Tausende Arbeiter und Angestellte in Karl-Marx-Stadt und anderswo ihren Mobilmachungsausweis zugeschickt.

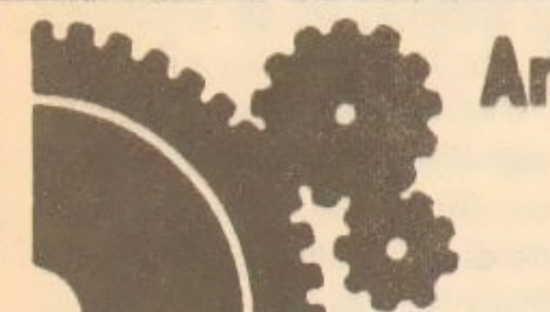
Dieser Mobilmachungsausweis ermöglicht den Militaristen in Ostberlin sowie ihrem Oberkommando in Moskau die sofortige Mobilmachung innerhalb von zwei Stunden aller einmal in der NVA gedienten Soldaten, der Betriebskampfgruppen und des Zivilschutzes. Verbunden mit der Verteilung von Mobilmachungsausweisen müssen zahllose Betriebe eine jeweils festgelegte Menge LKW's jederzeit fahr- und abstellungsbereit halten.

Offizielle Begründung dieser Maßnahme ist: „Erhöhung der Gefechtsbereitschaft zum Schutz unseres sozialistischen Staates". Gemeint ist damit nichts anderes als Schutz der sozialimperialistischen Interessen der sowjetischen Supermacht. Denn wenn Moskau befiehlt, muß die NVA bekanntlich überall eingreifen, wo die Kremlzaren sie braucht. Sei es wie 1968 beim Überfall auf die Tschechoslowakei, sei es bei den imperialistischen Abenteuern, die die neuen Zaren im Kreml in Afrika gegen die Völker vollführen, sei es in einem neuen imperialistischen Weltkrieg, der von den beiden imperialistischen Supermächten, USA und Sowjetunion, samt ihren politischen und militärischen Blöcken her den Völkern droht.

Zugleich aber richtet sich diese militaristische Maßnahme auch gegen den Widerstand, den die Werktätigen in der DDR den immer schärferen Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahmen der Honecker-Clique entgegensetzen. Die Mobilmachungsmaßnahmen sollen die Werktätigen in der DDR einschüchtern, sich nicht wie ihre Klassenbrüder in Polen militant gegen das sozialfaschistische Ausbeuterregime der Honecker-Clique und ihrer Moskauer Oberherren zu erheben.

Doch es ist ein Gesetz der Geschichte, daß schärfere Unterdrükkung nicht zum Erlöschen, sondern zu noch stärkerem Widerstand des Volkes führen wird. Und das wird auch die ostdeutsche Arbeiterklasse in ihren Kämpfen bestätigen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

„Sie haben doch noch beide Beine!"

Beim Verkauf des Roten Morgen bat mich ein Rentner, dem Roten Morgen einen Bericht über seine Erfahrungen mit dem Sozialamt zu schicken. Er hat schon an mehrere Zeitungen und ans Fernsehen geschrieben, aber überall wurde er mit verlogenen Redensarten abgefertigt. Denn was er zu berichten hat, steht in völligem Gegensatz zu dem Lügengebäude von sozialer Sicherheit und Menschlichkeit.

Er hat 38 Jahre lang als Eisenbahner auf der Westfalenhütte in Dortmund gearbeitet. Mit 53 wurde er Invalide: Raucherbein, herzkrank, er konnte kaum noch gehen.

Um wenigstens kostenlos die Straßenbahn benutzen zu können, beantragte er einen Schwerbehindertenausweis. Aber der Arzt auf dem Gesundheitsamt weigerte sich zuerst. Zynisch sagte er: „Sie haben doch noch beide Beine."

1970 mußte das erste Bein, 1971 das zweite amputiert werden. Seine Frau war damals auch schon krank. „Ja Herr..., dann müssen sie wohl ins Pflegeheim." Das war der unmenschliche Ausweg, den ihm dieser Staat zu bieten hatte. „Und was soll aus meiner Frau werden? Die soll wohl von der Wohlfahrt leben!? Da können Sie mir auch gleich einen Sarg schicken!" Er weigerte sich. Pflegeheim hätte die Trennung von der Frau bedeutet und die ganze Rente gekostet.

Heute sind beide über 70 Jahre alt. 240 Mark Pflegegeld steht ihm zu, das richtet sich nach Art und Umfang der Invalidität. Als das Sozialamt erfuhr, daß seine Frau auch noch eine Hungerrente von 220 Mark bezieht, wurde das Pflegegeld zum ersten Mal gekürzt. Und bei jeder Rentenerhöhung wird nun der entsprechende Betrag vom Pflegegeld abgezogen, während die Einkommensgrenze von heute 1.100 Mark fast unverändert blieb. So wurde ihnen erst jetzt wieder das Pflegegeld von 153 DM auf 65 DM gekürzt.

Sie hatten eine Kur beantragt. Das war für ihn als Beinamputierten die einzige Möglichkeit, Urlaub zu machen und aus der Zwei-Zimmer-Wohnung rauszukommen, die in unmittelbarer Nähe der Hütte liegt. Beim Sozialamt hieß es zuerst: „Wir verschicken nur Gesunde." Dann wurde im Fernsehen in einer Propagandasendung über die „Fürsorge des Staates für die Schwerbehinderten" berichtet, über ein Erholungszentrum speziell für Schwerbehinderte. Es stellte sich aber heraus: die Kosten für einen Aufenthalt dort hätten sie vollständig selbst tragen müssen. Seine Frau kam in Tränen vom Sozialamt zurück.

Schließlich genehmigte die Krankenkasse eine Kur, aber nur für ihn. Er stellte einen Antrag auf Zuschuß beim Sozialamt, damit seine Frau mitfahren konnte. Aber Zuschuß für Begleitpersonen gab es nicht: „Es gibt dort ja genügend Pflegepersonal."

Sie kratzten schließlich alle Ersparnisse zusammen, damit die Frau mitfahren konnte.

Was für eine unverschämte Lüge ist es, wenn man in diesen Tagen wieder in den Zeitungen lesen konnte, daß die 60 Prozent Rentner mit einem Einkommen von weniger als 800 DM angeblich aus dem Grund keine Sozialhilfe beantragen, weil sie „bei ihren Mitmenschen die Anerkennung verlieren" würden. Nicht „die Mitmenschen", es ist die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die diese Menschen dazu verurteilt, um jeden Pfennig betteln zu müssen. Und es ist vor allem der kapitalistische Staat selbst, der ihnen jede Hilfe versagt und der sie auf den Sozialämtern wie den letzten Dreck behandelt.

„Diese Hungerpfennige, die sie uns armen Krüppeln zugestehen, die können wir ihnen auch wieder zurückgeben, da sollen sie uns doch gleich einen Strick schicken."

Kollegen weisen 1. Mai-Plaketten des DGB zurück

Ich arbeite seit einem halben Jahr in einem größeren Betrieb in Stuttgart in der Gießerei. Folgendes hat sich heute bei uns zugetragen:

In der 9-Uhr-Pause, als fast alle Kollegen in einem Nebenraum beim Vesper saßen, zog der Vertrauensmann einen großen Umschlag aus der Tasche und sagte: „Hört mal alle her. Ich habe hier die 1. Mai-Plaketten der Gewerkschaft. 26 Stück, die sind genau abgezählt (soviel Kollegen arbeiten in der Gießerei). Da nimmt jeder eins, kostet 50 Pfennig".

Ich sagte darauf gleich, daß ich nicht bereit bin, für den DGB-Apparat Werbung zu machen. Erst vor kurzem haben diese Bonzen bei uns mit 6,9% abgeschlossen. Übrig bleiben für uns dann 4%, das sind bei den meisten nur etwa 50 DM. Die Betriebskrankenkassen werden in diesem Jahr um die 25 Mark teurer. Da ist schon die Hälfte von den 50 Mark weg. Die restlichen 25 Mark reichen hinten und vorne nicht, um die Preissteigerungen abzufangen. Das wissen die Gewerkschaftsbonzen sehr genau. Außerdem weiß jeder von uns, was diese Bonzen mit unserem Geld machen, daß sie die größten Kapitalisten sind.

Zwei Kollegen, die direkt neben dem Vertrauensmann saßen, ließen sich überrumpeln und kauften eine Plakette. Am Nebentisch wollte zuerst überhaupt keiner eine nehmen. Schließlich nahm ein türkischer Kollege, der erst sechs Wochen hier ist, eine Plakette. Die anderen vier Kollegen blieben konsequent, da nützte auch Schimpfen nichts. Ich unterstützte die Kollegen und als der Vertrauensmann nicht locker lassen wollte, sagte ich zu ihm: „Man könnte meinen, du bekommst Prozente dafür."

An den anderen Tischen erging es ihm nicht viel besser. Es entzündete sich eine gute Diskussion über den DGB-Apparat, die bis zum Ende der Pause ging. Ein Kollege, der eine Plakette gekauft hatte meinte: „Im Grunde hat er (er meinte mich) recht, denen geht es doch nur ums Geld."

Als wir von der Pause zurückkamen, erzählte ich zwei anderen Schmelzern davon, die durcharbeiten mußten, und bereitete sie auf den Besuch des Vertrauensmannes vor, mit dem Erfolg, daß nach der Mittagspause ein italienischer Schmelzer mich lachend heranwinkte: „Vertrauensmann war da, aber ich nicht gekauft."

Während der Arbeitszeit, in der Mittagspause und bei Arbeitsende gingen die Diskussionen weiter. Ich habe mir das Gesicht des Betriebsrates vorgestellt, wenn der Vertrauensmann 2/3 der Plaketten wieder zurückbringt. Dabei haben sie mir bei meiner Einstellung stolz erklärt, daß die Gießerei 100%ig organisiert sei.

Das zeigt, daß der Haß auf den Gewerkschaftsapparat gewachsen ist und daß wir noch zielstrebiger an den Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition gehen müssen. Übrigens: Der Vertrauensmann meinte: „Du hättest mir persönlich sagen können, daß du keine Plakette willst, aber doch nicht hier die Leute aufhetzen."

Rotfront!
Ein Genosse aus Stuttgart

St.-Georg-Krankenhaus/Hamburg

ÖTV hetzt gegen klassenkämpferische Kollegen

„Besonders bedauerlich ist es, daß anscheinend einzelne Mitarbeiter unseres Hauses zur Verbreitung von Lügen und Agitation in verantwortungsloser Weise beitragen. (...) Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir bitten Sie, lassen Sie sich nicht provozieren oder verunsichern. Das Krankenhausdirektorium vertraut Ihnen und ist bereit, Ihnen jeden möglichen rechtlichen Schutz zu gewähren, wenn Sie sich ungerecht angegriffen fühlen und dagegen Unterstützung brauchen. Wenden Sie sich in solchen Fällen bitte an die Direktion, den Personalrat oder an die Beiräte. Wir sind überzeugt, daß die Demokratie in der Lage ist, mit denen fertig zu werden, die sie beseitigen wollen." — So endet ein Rundschreiben, das die Beschäftigten am Hamburger St. Georg Krankenhaus Ende November letzten Jahres von der Krankenhausdirektion erhielten.

Diesem faschistischen Hetzbrief, der offen zu gegenseitiger Bespitzelung und Denunziantentum aufruft, folgte zwei Monate später ein weiteres Rundschreiben, diesmal jedoch nicht von der Krankenhausleitung, sondern vom ÖTV-Vertrauensleutekörper und an die Mitglieder der ÖTV-Gewerkschaft gerichtet. Im Jargon und in der Stoßrichtung unterscheidet sich dieser Schrieb jedoch von dem der Krankenhausdirektion nicht im geringsten. „Die Linksradikalen zeigen ganz deutlich, daß sie das Ziel der Zerstörung der Demokratie verfolgen", heißt es da; und weiter: „Ihr könnt euch fragen, was hat die politische Einstellung mit der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft zu tun? Wir möchten sagen, im Falle der Links- oder auch Rechtsradikalen sehr viel, denn beide politischen Einstellungen sind mit unseren demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar und somit auch nicht geeignet, in einer Gewerkschaft tätig zu sein."

Wie es mit den „demokratischen Grundsätzen" des ÖTV-Gewerkschaftsapparates bestellt ist, kann allerdings jeder deutlich daran sehen, wie Kluncker und Co. in der Tarifrunde wieder einmal den Willen der Mitglieder mit Füßen getreten hat. Im St. Georg Krankenhaus hatten die ÖTV-Mitglieder auf einer Mitgliederversammlung mit Mehrheit 180 DM für jeden gefordert. In vielen Betrieben und Bereichen wurden ähnliche Forderungen, oft sogar über 200 DM Festbetrag verabschiedet. Bekanntlich fegte der ÖTV-Gewerkschaftsapparat jedoch die Forderungen der Mitglieder einfach unter den Tisch, stellte stattdessen seine 8%-Forderung auf und zwang den Kollegen dann den unverschämten 5,3%igen Lohnraubabschluß auf.

Die „demokratischen Grundsätze" des DGB-Apparates bestehen in nichts anderem, als in der Spaltung und Unterdrückung der Kämpfe der Werktätigen gegen Ausbeutung und Unterdrückung und in der Verteidigung des kapitalistischen Systems, der Ausbeuterherrschaft der Kapitalistenklasse.

Die reaktionären und opportunistischen Vertrauensleute, die in diesen Fahrwasser mitschwimmen, sind erbärmliche Handlanger der Krankenhausleitung und der Kapitalisten. Die Hetze und Einschüchterungsversuche in ihrem Rundschreiben richten sich nicht nur gegen die kommunistischen Kollegen, nicht nur gegen die Betriebszeitung der KPD/ML, die „Kämpfende Station". Sie richten sich auch direkt gegen alle Kolleginnen und Kollegen am St. Georg Krankenhaus, die sich den dauernden Verrat des ÖTV-Bonzenapparates an ihren Interessen nicht mehr gefallen lassen wollen. Dabei ist es noch eine besondere Unverfrorenheit, wenn die fortschrittlichen und revolutionären Kollegen, die gegen Ausbeutung und Unterdrückung aufstehen und es wagen, der Krankenhausdirektion und den reaktionären Gewerkschaftsbonzen die Stirn zu bieten, in dem Hetzschrieb mit „Rechtsradikalen" auf die gleiche Stufe gestellt werden.

Es sind doch in Wahrheit genau die DGB-Bonzen und die ihnen hörigen Vertrauensleute und Personalräte, die mit den Kapitalisten, der Bonner Regierung und allen Verteidigern des kapitalistischen Ausbeutersystems am gleichen Strang ziehen, die Hand in Hand mit allen Reaktionären, einschließlich den Neo-Nazis, die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse unterstützen. So haben die ÖTV-Bonzen gegen drei fortschrittliche und revolutionäre Kolleginnen am St. Georg Krankenhaus ein Ausschlußverfahren eingeleitet, das auf dem Vorwurf beruht, sie hätten im vergangenen Sommer auf dem Krankenhausgelände Plakate geklebt; Plakate, die zum Kampf gegen eine internationale Faschistenkundgebung aufriefen, die damals von der NPD in Hamburg organisiert wurde. Bezeichnenderweise hatte die ÖTV damals den Hinweis von seiten der Krankenhausdirektion erhalten.

So wie die Regierung und die Kapitalisten mit der reaktionären und verlogenen Demagogie von der „Verteidigung der Demokratie" gegen „den Extremismus" die Fronten des Klassenkampfes verschleiern wollen, versucht auch der ÖTV-Bonzenapparat mit dieser verlogenen Propaganda die wachsende Opposition der klassenkämpferischen Werktätigen gegen seine reaktionären, arbeiterfeindlichen Machenschaften zu spalten und zu diffamieren. Die Bonzen hoffen damit, die klassenkämpferischen und revolutionären Kollegen zu isolieren. Aber wenn sie glauben, sie könnten die Werktätigen für dumm verkaufen, irren sie sich. Bis jetzt hatte die Hetze der ÖTV und der Krankenhausdirektion nur zur Folge, daß unter noch mehr Kollegen klar wurde, daß sie sich gegen die Reaktionäre und Arbeiterverräter zusammenschließen müssen.

Aus Wut darüber zetern die ÖTV-Vertreter in dem Rundbrief provokatorisch und zynisch: Die Kommunisten seien ja „viel zu feige", um auf Versammlungen offen „durch Handzeichen anzugeben, daß sie einem kommunistischen Verband angehören". Die Wut der Arbeiterverräter darüber, daß die Kollegen zusammenhalten, verrät sich auch im Schlußsatz ihres Hetzbriefes: „Dieser Brief ist auch nicht ein Zeichen der Verärgernis, sondern nur ein Beweis unseren Mitgliedern gegenüber, daß wir Vertrauensleute uns von den Linksradikalen nicht an die Wand drücken lassen." Die Kollegen werden sich ihren Teil dabei gedacht haben.

Berufsbildungsabgabe gestrichen

Fortsetzung von Seite 1

bände liefen gegen die von der Regierung vorgelegten Berechnungen Sturm und legten eine Gegenstatistik vor. Demzufolge gab es im letzten Jahr ein Plus von 23,8 Prozent an Ausbildungsplätzen in der Bundesrepublik und in diesem Jahr sei immer noch mit 23,1 Prozent Lehrstellen zuviel zu rechnen. Da staunt der Laie und wundert sich der Fachmann! Also gibt es gar keine Ausbildungsmisere? Der Lehrstellenmangel ist nichts weiter, als eine böswillige Erfindung von Linksradikalen, die unsere „freiheitlich-demokratische Grundordnung" verächtlich machen wollen?

Selbst in der bürgerlichen Presse wurde Kritik laut, als die Regierung zu erkennen gab, daß sie bereit ist, die völlig haltlosen Rechenkunststücke der Kapitalistenverbände tatsächlich für bare Münze zu nehmen und auf die Erhebung der „Lehrlings-Umlage" zu verzichten. Die „Frankfurter Rundschau" z. B. ließ noch einen Tag vor der Regierungsentscheidung eigens einen Professor aus Göttingen lang und breit „wissenschaftlich nachweisen", daß die Zahlen der Unternehmerverbände „willkürliche statistische Manipulationen" sind. Und wahrhaftig: wo einfach eine Zahl von Hunderttausend Lehrstellen aus dem Nichts herbeigezaubert wird, mit der Begründung, sie seien zwar nirgends registriert, gemeldet, oder nachweisbar, aber dennoch als „Dunkelziffer" vorhanden, da können sogar einem Professor Zweifel kommen.

Die Regierung jedoch sah trotz alledem „keinen Anlaß an den Zahlen der Arbeitgeber zu zweifeln", so wörtlich Bildungsminister Rohde und entschied, daß die Unternehmer dieses Jahr nicht zur Kasse gebeten werden. Allerdings mahnte Rohde noch: Bonn gründe seine Entscheidung auf die „verbindliche Zusage von seiten der Arbeitgeber, daß die Hunderttausend zusätzlichen Ausbildungsplätze auch wirklich bereitgestellt würden". Kaum war jedoch die Entscheidung der Regierung verkündet, da beeilte sich einer der Sprecher der Kapitalistenverbände in der Presse zu erklären, nie und nimmer habe man der Regierung bezüglich der besagten „100.000 zusätzlichen Ausbildungsplätze" irgendwelche verbindlichen Zusagen gemacht. Ganz schön taktlos, diese Unternehmervertreter! Nun steht die Regierung ziemlich dumm da. Da fragt sich vielleicht mancher, wer nun eigentlich der größere Betrüger und Halunke ist, die Unternehmerverbände oder die Bonner Minister?

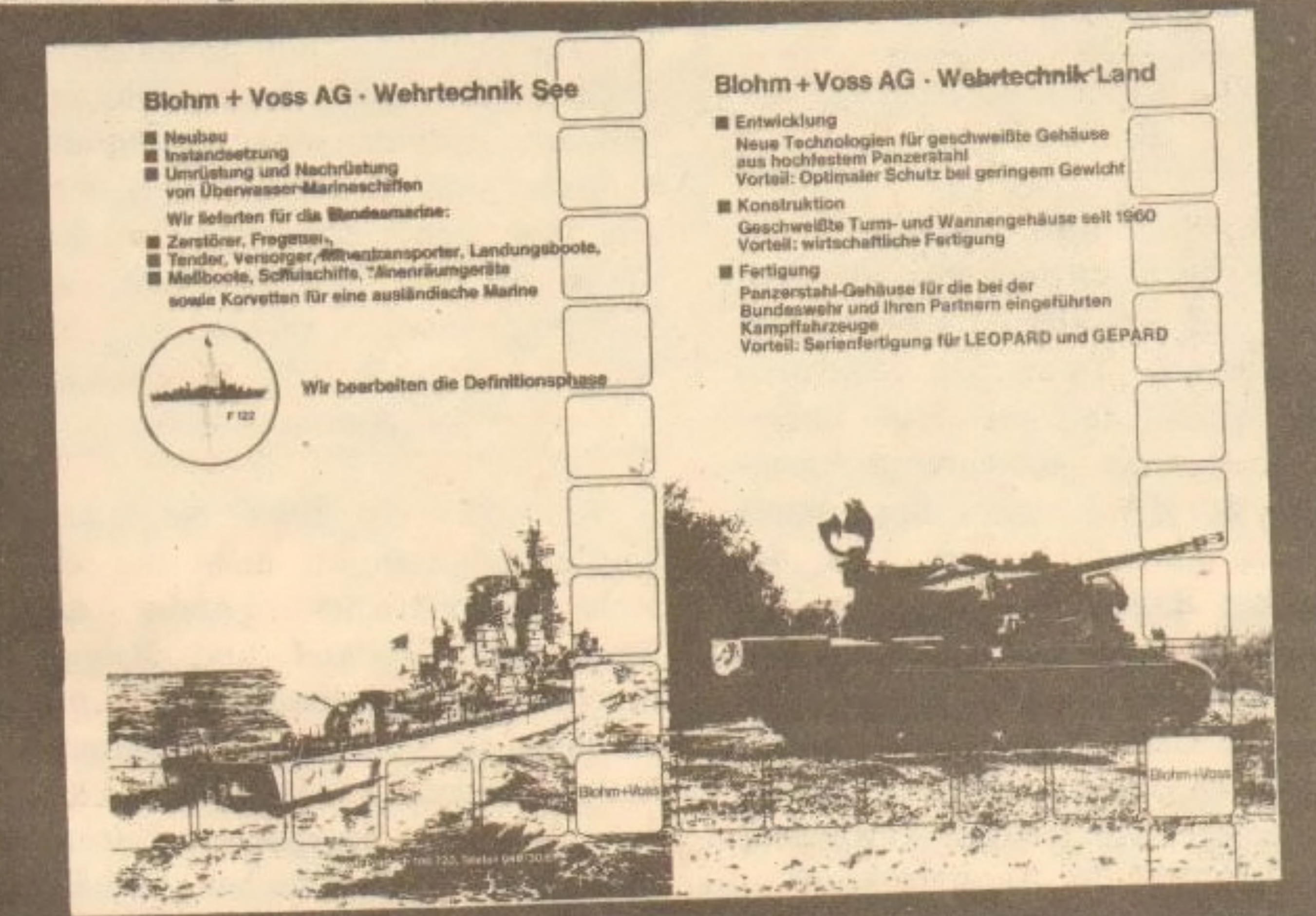
Für die Werktätigen und die Jugend zeigt diese Art von Bonner „Reformpolitik" jedenfalls das eine: von all diesen Betrügern und von diesem kapitalistischen Staat hat die Jugend und das werktätige Volk außer Ausbeutung, Unterdrückung, Lügen und Betrug nichts zu erwarten. Dieses ganze Pack von Kapitalisten und bürgerlichen Politikern verdient nur eines: durch den revolutionären Kampf der werktätigen Massen zum Teufel gejagt zu werden.

Rüstungsproduktion für den Krieg

Fortsetzung von Seite 1

Straße geschmissen, er kann sehen, wo er bleibt. Es zählt nicht, daß es allein seine Arbeitskraft ist, die die Schiffe und Maschinen, die Werft und ihre Anlagen geschaffen hat. Dieser Reichtum ‚gehört' den Blohm-kapitalisten, die allein Interesse an ihrem Profit und nicht am Arbeitsplatz und der Existenz des Arbeiters haben."

Fast 900 Neubauschiffe sind in den Docks und Helgen von „Blohm & Voss" in den letzten hundert Jahren gebaut worden. Fast die Hälfte davon Kriegsschiffe. „Blohm &



Eine Anzeige der „Blohm & Voss"-Kapitalisten in der „Wehr und Wirtschaft"

Voss" war die Hauptwerft der Wilhelminischen Seeaufrüstung. Hier liefen die Schlachtschiffe für den 1. Weltkrieg vom Stapel. Im letzten Kriegsjahr 1917/18 scheffelten die Gebrüder Blohm die sagenhafte Summe von über 2,5 Mrd. Mark Reingewinn. Zum Vergleich: Im Friedensjahr 1925 betrug ihr Reingewinn „nur" knappe 200.000 Mark. Nach 1933 wurde die Werft erneut eines der Zentren der deutschen Rüstungsindustrie. Während des Krieges lief hier fast täglich ein U-Boot vom Stapel. **Und heute?**

Heute ist „Blohm & Voss" wieder groß ins Rüstungsgeschäft eingestiegen. Seit 1957 liefen hier insgesamt 26 Kriegsschiffe für die Bundeswehr vom Stapel, darunter sämtliche Zerstörer und Fregatten der Marine. Aber mehr noch. „Blohm & Voss" ist gleichzeitig einer der größten Fabrikanten für Panzerteile in der Bundesrepublik. So werden auf dem Werftgelände sämtliche Wannen für den „Leopard" hergestellt, dazu die Türme und Gehäuse zahlreicher anderer Panzer. Zugleich haben die „Blohm & Voss"-Kapitalisten bis Ende 1971 6 Korvetten, 28 U-Boote, 26 Schnellboote und 88 Kleinkampf- und Schulschiffe ans Ausland geliefert, darunter auch an die portugiesischen Faschisten für ihren Krieg gegen die Völker von Angola, Mosambik und Guinea-Bissao. Unverhüllt bedauerte „Blohm & Voss"-Chef Bartels vor kurzem, daß „unsere Marine so klein" ist.

Für „Blohm & Voss" gilt, wie für die anderen westdeutschen Rüstungskonzerne auch, voll der Ausspruch des ehemaligen Inspekteurs des Heeres, Schnez, der gesagt hat: „*Die deutsche Industrie knüpft an eine große Tradition an*". Womit er die Rüstungsproduktion für den imperialistischen Krieg meinte, in der die deutschen Imperialisten tatsächlich eine „große Tradition" haben.

Wollte man den Rüstungskonzernen glauben, so ist das Geschäft mit den Waffen für sie nur eine Frage der „Nächstenliebe", von den edelsten und reinsten Motiven bestimmt. „Wir produzieren Sicherheit", versprechen sie in großformatigen Anzeigen und behaupten: „Rüstungsproduktion sichert Arbeitsplätze".

Aber genauso wenig wie in der Vergangenheit werden die Schlachtschiffe, Geschütze und Panzer heute nur zur Schau, für die Abhaltung von Paraden produziert. Sie dienen der Aufrüstung der Bundeswehr für den imperialistischen Krieg. Die von den westdeutschen Imperialisten ausgerüstete Armee soll in einem neuen imperialistischen Weltkrieg zwischen dem amerikanischen und dem russischen Sozialimperialismus um die Weltherrschaft, in einem Krieg zwischen den beiden aggressiven Blökken, der Nato und dem Warschauer Pakt, für die Ziele der amerikanischen Imperialisten in den Krieg ziehen. Ein Krieg, in dem auch die westdeutschen Imperialisten hoffen, ihre revanchistischen Träume verwirklichen zu können, die sie niemals aufgegeben haben. Ein Krieg, bei dessen Vorbereitung die Krupp und Thyssen schon jetzt Millionen scheffeln. Die Kriegstreiber von einst sind dieselben geblieben, sie haben sich lediglich einen Schafspelz, eine demokratische und friedliche Maske, umgehängt, um ihre wahren Absichten zu verbergen.

Was sie, wie alle Imperialisten treibt, ist die Jagd nach den Höchstprofiten, die sie zwingt, ihre imperialistischen Konkurrenten auszustechen und auszuschalten, die sie um den Erdball jagt, um ihre Hände auf die Ressourcen und Reichtümer anderer Länder zu legen, die sie treibt, die



Agitation der Partei bei Blohm & Voss

ganze Welt zu beherrschen, um sie auszubeuten und auszuplündern. Das ist die tiefere Ursache der Kriege zwischen den imperialistischen Mächten, ist die Ursache für die wachsende Kriegsgefahr, die heute von den beiden imperialistischen Supermächten ausgeht, wobei sich ihre jeweiligen Bündnispartner und Vasallen ebenfalls einen möglichst großen Brocken der Beute sichern wollen. **Imperialismus bedeutet Krieg und niemand sollte sich der Illusion hingeben, daß die Aufrüstung der westdeutschen Monopole dem Frieden oder der Sicherheit der Werktätigen unseres Landes dient. Im Gegenteil.**

Genauso verlogen ist die Behauptung, daß die Rüstungsproduktion angeblich Arbeitsplätze sichere. Ein Blick auf die Tatsachen genügt, um zu erkennen, wie zynisch diese Propagandaparole der Kapitalisten ist. Seit dem Bestehen der Bundeswehr ist der Rüstungsetat der Bundesregierung ständig gesteigert worden und hat in den letzten Jahren Rekordhöhen erreicht. Heute werden bereits über 80% aller Rüstungsmaterialien der Bundeswehr von westdeutschen Rüstungskonzernen produziert. Sind aber etwa die Arbeitsplätze von Jahr zu Jahr sicherer geworden? Jeder weiß, daß das genaue Gegenteil der Fall ist. Nehmen wir die Werftindustrie. Sie lebt heute zum allergrößten Teil von den Aufträgen der Bundeswehr. Trotzdem wurden in den vergangenen Jahren Tausende von Werftarbeitern auf die Straße gesetzt, droht jetzt weiteren Tausenden Arbeitslosigkeit. Die Betriebe selbst wurden von den Kapitalisten straff durchrationalisiert, die Arbeitshetze mörderisch gesteigert, die Ausbeutung verschärft. Die einzigen, die von den Rüstungsaufträgen profitieren, sind die Kapitalisten. Denn die ständig steigenden Rüstungsaufträge garantieren ihnen kontinuierlich wachsende sichere Profite.

Mit der Verschärfung der Widersprüche des Imperialismus hat sich die Monopolbourgeoisie den Staatsapparat in immer stärkerem Maße untergeordnet und benutzt ihn zur brutalen Unterdrückung der Arbeiterklasse und zur Einmischung in das gesamte Wirtschaftsleben des Landes, um die Herrschaft der Finanzoligarchie zu festigen und sich Höchstprofite zu sichern. Die ständig zunehmende Militarisierung der Wirtschaft, die Überhäufung der Monopole mit staatlichen Rüstungsaufträgen ist das unausbleibliche Ergebnis dieser Entwicklung. Aber die Rüstungsproduktion ist unproduktiv und die Mittel zu ihrer Erweiterung werden durch die verschärfte Ausplünderung der Arbeiterklasse, durch Lohnsenkungen, durch Steuererhöhungen usw. aufgebracht. Die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen werden noch tiefer ins Elend gestürzt und der Boden für neue Krisen, deren Ursache in dem Widerspruch zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung, in dem wachsenden Reichtum der Kapitalisten und der zunehmenden Verelendung der Werktätigen begründet ist, wird vorbereitet. Das sind die wahren Folgen der Militarisierung und Aufrüstung für die Werktätigen unseres Landes. **Die Propagandaparolen der Kapitalisten und ihrer Regierung, in die auch die verräterischen Gewerkschaftsführer einstimmen, sollen die Arbeiterklasse täuschen, um sie für den imperialistischen Krieg zu gewinnen.**

Für die Arbeiter und die kleinen Angestellten kann es deshalb nur einen Ausweg geben, entschlossen und kompromißlos ihre Lebensinteressen gegen die kapitalistischen Ausbeuter und ihren Staat zu verteidigen, sich im revolutionären Klassenkampf zusammenzuschließen, mit dem Ziel der sozialistischen Revolution vor Augen, die der Herrschaft der imperialistischen Ausbeuter und Kriegstreiber ein Ende machen wird.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen



KPD/ML

KOMMUNISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS MARXISTEN – LENINISTEN

BETRIEBSZEITUNG FÜR DIE KLÖCKNER HÜTTE

Colombo- ein mieser Spitzel als Klöckners Zeuge

Vor einem Jahr wurde Michael Weisfeld fristlos entlassen, weil er ein Flugblatt des Arbeiterkomitees von Klöckner im Betrieb angeklebt haben soll. Bei der ersten Arbeitsgerichtsverhandlung gewann Michael aufgrund der Solidarität der Kollegen. Seit November 76 arbeitet er wieder im Betrieb. Am 3. Mai soll jetzt die Berufungsverhandlung stattfinden, die die Klöckner-Kapitalisten angestrengt haben. Gegen Michael soll dort der Werkschützer Lothar Kegel aussagen. Dazu schreibt „Angriff", die Betriebszeitung der KPD/ML:

Wem ist er nicht bekannt, der Lothar Kegel vom Werkschutz? Von den Kollegen wird er verächtlich Colombo genannt nach dem Gangsterjäger im Fernsehen. Seinem Ruf macht er alle Ehre, denn er behandelt und jagt die Arbeiter bei Klöckner wie Gangster.

So einer soll nun vor Gericht gegen Michael Weisfeld auftreten, die Aussagen von seiner Schnüffelei sollen es doch noch schaffen, diesen lästigen Kommunisten aus dem Betrieb zu säubern. Der Werkschutz wurde direkt auf Michael angesetzt, um einen Entlassungsgrund zu konstruieren. Da ist dem Colombo keine Mühe zuviel, da verfolgt er seine Opfer bis aufs Klo.

Und was hörte er da? Da wurde Papier zerrissen und — man höre und staune — die Wasserspülung betätigt. Aber nicht genug damit, bei näherer Untersuchung dieses Örtchens fischte er angeblich Teile eines Flugblatts des Arbeiterkomitees Klöckner und der Betriebszeitung der KPD/Marxisten-Leninisten aus der Kloschüssel.

Das muß man sich bildlich vorstellen!

Viele Kollegen wissen eine Menge übler Geschichten über diesen Werkschützer zu berichten. So fuhr er extra in Zivil im Bus mit den Kollegen in den Betrieb, um zu lauschen, in welcher Tasche Flaschen klappern. Sodann hielt er den Bus am Werktor an, um den Kollegen kontrollieren und schnappen zu lassen. Wen wundert es da, daß von Kollegen erzählt wird, daß dieser Colombo im LD-Werk seine gerechten Prügel bezogen hat und sich jetzt nicht mehr auf Streife in den Betrieb wagt und nur noch Tordienst machen darf.

Werkschutz — Kampftrupp der Kapitalisten im Betrieb!

Dieser Werkschützer macht sehr deutlich, wozu der Werkschutz wirklich da ist. Wie ehrlich war man doch 1872 bei Krupp, wo es in den Sicherheitsvorschriften hieß: „Wie hoch die Kosten auch sein mögen, die Arbeiter müssen immer von energischen und erfahrenen Männern überwacht werden."

Heute klingt das so: „Der Begriff des modernen Werkschutzes ist kein Schutz vor Betriebsangehörigen, sondern ein Schutz des Gesamtbetriebes, einschließlich seiner Einrichtungen (...) Schutz des Arbeitsplatzes. Er ist auch Schutz des einzelnen Betriebsangehörigen ..." (Karl Günter vom DGB-Vorstand). Aber geblieben ist er das gleiche, nur immer stärker gegen den Kampf der Arbeiterklasse ausgerüstet.

Der Werkschutz ist eine schlagkräftige, bewaffnete Truppe der Kapitalisten im Betrieb. Von Henschel, Mannesmann und anderen Betrieben ist es herausgekommen, daß Trupps des Werkschutzes halbjährig Schießübungen machen. Kollegen glaubt ihr, daß Klöckner dem nachstehen würde?

Die verschiedenen Trupps, die einen mehr, die anderen weniger bewaffnet, sind zwar mit Wissen und Unterstützung der Regierung, des Verfassungsschutzes und anderer Sicherheitsdienste aufgebaut worden, sollen aber den Arbeitern gegenüber geheim bleiben. Warum, entlarvt sich an einer Meldung aus der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 21. 1. 76:

„Werkschutzleute, so stellt man beim DGB fest, können jedoch bei Zusammenrottungen eingesetzt werden, um Rädelsführer auseinanderzubringen, Eskalationen und in kritischen Situationen an Werksanlagen und Arbeitsstätten zu vermeiden." So sind dann auch ca. 90% aller Werkschützer im DGB organisiert.

Um die Unterdrückung der Streiks, der Kämpfe der Arbeiter geht es ihnen, und deshalb auch um die besondere Beobachtung des Kommunisten Michael Weisfeld. Deshalb die größten Anstrengungen Klöckners, diesen „Rädelsführer" der kommenden Kämpfe herauszuschmeißen. Denn vorm revolutionären Kampf der Arbeiterklasse haben sie schreckliche Angst — und mit Recht!

Der Kommunist Michael Weisfeld muß im Betrieb bleiben! Lassen wir uns nicht mit Hilfe von Spitzeln unterkriegen! Kämpfen wir weiter wie bisher!

Meldungen aus den Betrieben

BODE/KASSEL

Am 1. April (einem Freitag) wurden die beiden revolutionären Arbeiter, Reinhard und Uwe fristlos entlassen. Gleichzeitig erhielten sie Werksverbot. Diese Maßnahme ist eine Reaktion der Werksleitung darauf, daß seit Jahresbeginn eine Betriebszeitung der KPD/ML, „Die Knochenmühle", am Betrieb erscheint. Die Begründung ist äußerst unverschämt: „...aufgrund der vielseitigen Klagen sehen wir uns gezwungen, Ihnen fristlos zu kündigen... Die Geschäftsleitung sowie die Belegschaft lehnen es ab, weiterhin mit Ihnen zusammenzuarbeiten und verlangen Ihre unverzügliche Entlassung."

Als die beiden Kollegen um 15.00 Uhr das Kündigungsschreiben erhielten, gingen sie sogleich durch die Hallen (trotz des Hausverbotes) und informierten die Kollegen. Die Empörung war sehr groß. Praktisch standen zwischen 15.00 und 16.00 Uhr die Maschinen still. Damit stellten die Arbeiter klar, wie die Fronten im Betrieb — ganz im Gegensatz zu den unverfrorenen Lügen im Kündigungsschreiben — wirklich verlaufen: auf der einen Seite die entlassenen Kollegen sowie die anderen Arbeiter und kleinen Angestellten, — auf der feindlichen Seite die Bode-Kapitalisten, die Geschäftsleitung und die Antreiber. Als die Partei und die beiden entlassenen Kollegen am Montag am Werkstor eine Kundgebung durchführten, hörten 60 bis 70 Kollegen aufmerksam zu. Der Kampf gegen die Entlassungen wird weitergeführt. Unter anderem sollen dabei auch die juristischen Möglichkeiten ausgenutzt werden. Auch wenn die entlassenen Kollegen sich klar darüber sind, daß das Arbeitsgericht ein Werkzeug der Kapitalisten ist, werden sie dennoch Klage gegen die Kündigung einreichen. Und sie werden eine einstweilige Verfügung beantragen, um so die Chance wahrzunehmen, eventuell vorläufig wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren zu können. Dadurch würden die Bedingungen für den Kampf gegen die Entlassungen erheblich verbessert. Auf jeden Fall jedoch irren die Bode-Kapitalisten, wenn sie glauben, „Die Knochenmühle" wäre jetzt erledigt. Die kommunistische Betriebszeitung, die von den Kollegen geschätzt wird und größtenteils durch Spenden von Kollegen im Betrieb finanziert wird, erscheint weiter.

20 Jahre EWG

Block der kapitalistischen Monopole und neokolonialistische Grossmacht

In Rom feierten die neun EG-Regierungschefs das zwanzigjährige Bestehen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Sekt und vielen schönen Worten. Aber was haben zwanzig Jahre EWG den Arbeitern, den Bauern und kleinen Angestellten gebracht? Der „Rote Morgen" wird in einer zweiteiligen Serie auf diese Frage eingehen und zeigen, was es mit dem „Europa der Völker" wirklich auf sich hat.

Wie sieht dieses angebliche „Europa der Völker" denn heute aus? Sechs Millionen Arbeitslose, die in den Arbeitsämtern der EWG registriert sind. Und das ist nur die Spitze des Eisbergs. Da sind weitere Millionen, die keinerlei Unterstützung bekommen, die in keiner Statistik erfaßt sind. Ganze Regionen sind entvölkert, Männer und Frauen zur



Bauerndemonstration in Brüssel

Auswanderung gezwungen, auf der Suche nach Arbeit. Hunderttausende Bauern, von den EWG-Monopolen ruiniert und von ihren Höfen gejagt. Teuerungsraten bis über 20%. Und wie geht es weiter? Die Stahlindustrie in der Krise, der Schiffsbau in der Krise ... Rationalisierungsterror in den Betrieben, neue Massenentlassungen sind angekündigt, neue Stillegungen stehen bevor.

Und um die wachsenden Kämpfe der Arbeiter, der Bauern, der Jugendlichen zu unterdrücken, wird die Faschisierung vorangetrieben. Kein EWG-Staat, dessen Polizei nicht zur Bürgerkriegstruppe umgerüstet wäre. Keine Woche, in der nicht irgendwo eine solche Truppe ihren blutigen Einsatz hat. Vor allem in der Deutschen Bundesrepublik und Italien wächst die Zahl der ermordeten Werktätigen, die auf das Konto der Bourgeoisie gehen.

Ein „Europa der Völker"? Nein, ein Europa der Reaktion, der Ausbeutung und Unterdrückung! Dieses vereinte kapitalistische Europa, die EWG und ihre Vorläuferin, die Montanunion, verdanken ihr Entstehen den amerikanischen Imperialisten, die nach dem Krieg angetreten waren, in den Fußstapfen Hitlers die Welt zu unterjochen.

Sie hatten ihren Stiefel auf Europa gesetzt, nicht, um es vom Faschismus zu befreien, sondern um es ihrer eigenen Herrschaft zu unterwerfen. Vereinigung Europas, das hieß für sie Schaffung eines großen einheitlichen Marktes für das Dollar-Kapital. Und noch mehr: Die US-Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten stellte fest: „Der Nordatlantik-Pakt schafft ein günstiges Klima für die weiteren Schritte in Richtung auf eine wachsende und engste europäische Integration." Die Vereinigung Europas, die Schaffung der Montanunion und dann der EWG war von Anfang an eng verknüpft mit dem reaktionären amerikanischen Militärbündnis, der NATO. Sie war das wirtschaftliche Rückgrat dieses aggressiven Blocks, den sich die USA-Monopole geschaffen hatten, um ihre Träume von der Weltherrschaft zu erfüllen, um das damals noch bestehende sozialistische Lager anzugreifen und zu vernichten.

Aus diesen Gründen trieben die amerikanischen Imperialisten die militärische und wirtschaftliche Einigung Europas voran. Um ihre hegemonistischen Ziele zu verwirklichen, zerrissen sie das Potsdamer Abkommen, in dem sie sich zur Ausrottung des Faschismus in Deutschland verpflichtet hatten. Die Nazi-Kriegsverbrecher wie Flick und Krupp wurden nun ihre engsten Verbündeten. Schon 1948 bekamen die deutschen Monopole aus der Hand der amerikanischen Besatzer den Ruhrbergbau zurück. Und auch die Beschränkung der westdeutschen Rohstahlerzeugung auf 11,1 Mill. Tonnen pro Jahr fiel: Unter amerikanischer Regie schlossen sich 1952 sechs europäische Länder – Westdeutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten –zur Montanunion zusammen. Damit war in Westeuropa ein einheitlicher Markt ohne Zollschranken für Kohle und Stahl geschaffen. Und wer auf diesem Markt dominierte, zeigt folgende Gegenüberstellung: Anteil an der Produktion von Kohle in der Montanunion: Frankreich 23%, DBR 51%; Produktion von Stahl: Frankreich 27%, DBR 38%. Mit der Gründung der Montanunion war ein entscheidender Schritt getan zur Wiederherstellung der Macht der deutschen Imperialisten.

Von Anfang an hat die KPD diese reaktionäre Vereinigung Europas entschieden bekämpft. So begründete ein Sprecher der Partei im Bundestag die Ablehnung der Montanunion damit, daß „durch diesen Plan die wirtschaftlichen Kräfte Europas, Kohle und Stahl, in konzentrierter Form zu einem Superkartell zusammengeschlossen werden sollen zur maximalen Ausnutzung der Produktion im Zuge der Vorbereitung eines 3. Weltkrieges". Die KPD entlarvte gründlich die Demagogie des Adenauer-Regimes und der Sozialdemokratie vom „Europa der Völker" und erklärte: „Den Herren (der Montanunion) geht es um die Profite, und es geht ihnen darum, die sich mehr wehrende Arbeiterschaft zu versklaven."

Verschärfte Ausbeutung durch EWG-Monopole

Der Zusammenschluß der großen Kohle- und Stahlmonopole brachte eine Rationalisierungswelle in größtem Umfang mit sich, verschärfte die Ausbeutung und die Arbeitshetze. Das zeigte sich zum Beispiel daran, daß es 1954 in Westdeutschland mehr Arbeitsunfälle gab als im ganzen Reichsgebiet des faschistischen Deutschlands von 1938. Um den Kampf der Arbeiterklasse gegen diese verschärfte Ausbeutung zu unterdrücken, bedienten sich die Monopolherren der reaktionären Gewerkschaften. So saßen zum Beispiel Vertreter des DGB-Apparates in allen Gremien der Montanunion. Sie waren auch vertreten im „Produktivitätsausschuß", dessen Aufgabe es war, neue, bessere Formen der Ausbeutung ausfindig zu machen, um die kapitalistische Produktivität zu steigern. Diesen Vertretern der Monopolbourgeoisie in der Arbeiterklasse hielt die KPD die Worte August Bebels entgegen: „Ihr wandelt einen gefährlichen Pfad, an dessen Ende Euer eigener Untergang stehen wird."

1957 wurde die Montanunion zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft erweitert. Senkung bzw. Aufhebung der Zolltarife im gegenseitigen Handel, Schaffung eines einheitlichen Zolltarifs gegenüber dritten Ländern, Erleichterung für den Kapitalverkehr usw. — das alles sollte jetzt nicht nur für Kohle und Stahl, sondern für alle Waren einschließlich von Agrarprodukten gelten. Natürlich vollzog sich diese Entwicklung nicht friedlich. Schon Lenin wies darauf hin, „daß die Internationalisierung des Kapitals den verschärften Kampf der nationalen Kapitale um Einfluß und ‚Aktienmajorität' keinesfalls ausschaltet". Dieser Kampf zwischen den Imperialisten entbrannte immer heftiger. Denn für ein vereintes Europa waren sie alle, aber jeder wollte dieses Europa unter seiner Kontrolle haben.

Es verschärfte sich aber auch der unversöhnliche Widerspruch zwischen Monopolbourgeoisie und der Arbeiterklasse in den Ländern der EWG. Während in den ersten vier Jahren des Bestehens der EWG die 35 größten Monopole ihre Profite auf das 2,7fache steigern konnten, verschlechterte sich die Lage der Arbeiter und vor allem der Bauern in den meisten Ländern. In einigen Ländern wurden Gesetze über das „Einfrieren" der Löhne erlassen, Steuererhöhungen und Beschneidungen der Sozialfürsorge belasteten die Werktätigen zusätzlich. Die mit dem Übergang von der Montanunion zur EWG verbundene Konzentration des Kapitals und der Produktion führte zu weiteren Stillegungen von Betrieben, zur verschärften Rationalisierung, um aus den Arbeitern auch noch das Letzte herauszuholen.

Diese Angriffe der Bourgeoisie wurden von den Arbeitern der EWG-Länder mit verstärkten Streikkämpfen beantwortet. In der Bundesrepublik legten zum Beispiel im Januar 1955 fast eine halbe Million Kollegen der Montanindustrie für einen Tag die Arbeit nieder. Im Oktober 1956 traten 34.000 Metallarbeiter in Schleswig-Holstein in einen viermonatigen Streik, den längsten, der seit 1905 in Deutschland überhaupt durchgeführt worden war.

Das größte Bauernlegen der Geschichte

Besonders schwer lasteten die Folgen der „europäischen Vereinigung" auf den kleinen Bauern. Der Präsident der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft erklärte unverhohlen, daß die „gemeinsame Agrarpolitik der EWG fraglos eine scharfe Auslese mit sich bringen wird, der mancher Bauer, mancher alte Hof zum Opfer fallen wird". Aber es waren nicht manche, es waren hunderttausende kleiner Bauern, die von ihren Höfen gejagt wurden, es war ein Bauernlegen von riesigen Ausmaßen. „Verbesserung der Agrarstruktur" — wie es die Bourgeoisie nannte, das bedeutete: Konzentration des Bodens und der Produktion in den Händen von immer weniger Agrarkapitalisten. Die Öffnung der nationalen Märkte, die vorher durch Zollschranken geschützt waren, die Verteuerung von Landmaschinen und Düngemitteln, das ständige Sinken der Erzeugerpreise, all das führte zur Ruinierung der kleinen Bauern. Allein in Westdeutschland fielen in elf Jahren 324.000 Bauernhöfe dieser kapitalistischen „Strukturverbesserung" zum Opfer. Die Agrarkapitalisten dagegen konnten sich aus einem Landwirtschaftsfond bedienen, der von der EWG eingerichtet worden war. Ein weiteres Ergebnis der EWG-Agrarpolitik war das sogenannte System der „Abschöpfungen", das heißt die künstliche Verteuerung von eingeführten Landwirtschaftserzeugnissen. Das führte zu einer maßlosen Steigerung der Lebensmittelpreise, während auf der anderen Seite die durch Überproduktion entstandenen Butter- und Fleischberge immer mehr anwuchsen.

In allen Ländern der EWG begannen die kleinen und mittleren Bauern einen militanten Kampf gegen die Ruinierung ihrer Existenz durch die Monopole. Trecker-Demonstrationen, Straßenblockaden, Massenaufmärsche in Brüssel, dem Sitz der EWG-Behörden, das waren Zeichen dafür, daß die Bauern nicht bereit waren, zu kapitulieren. Es gelang der Bourgeoisie auch nicht, die Bauern der verschiedenen Länder als Konkurrenten gegeneinander auszuspielen. Deutsche und holländische Bauern führten gemeinsame Blockaden der Grenzübergänge durch; italienische und französische Bauern schlossen sich zusammen, um den Transport von Lebensmitteln zu Dumpingpreisen zu verhindern.

EWG — Kolonialmacht

Als 1957 die EWG gegründet wurde, gehörten ihr nicht nur die sechs europäischen Länder an. Frankreich, Holland und Belgien brachten ihren Kolonial„besitz" mit ein, den sie sich zusammengeraubt hatten, darunter 18 afrikanische Länder. **„Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Verhältnissen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien."** Diese Worte Lenins hatten sich bestätigt. Die EWG war eine Art kollektiver Kolonialist, wobei die westdeutschen Imperialisten die Chance witterten, in diese Länder verstärkt einzudringen. Die französischen, belgischen und holländischen Imperialisten hofften, unter den Bedingungen der EWG ihre Beute besser gegen den Befreiungskampf der Völker verteidigen zu können, die sich erhoben hatten, um ihre kolonialen Fesseln zu zerreißen. Ein siebenjähriger, grausamer Krieg gegen das algerische Volk, die blutigen Massaker in der belgischen Kolonie Kongo, der holländische Überfall auf die indonesische Flotte, das war die Bilanz der ersten Jahre der neuen Kolonialmacht EWG. So trat dieses Superkartell der europäischen Monopole ins Leben: nicht nur als Unterdrücker und Ausbeuter der Arbeiter, als Räuber am Eigentum der Bauern, sondern auch als blutiger Schlächter der Freiheitsbestrebungen der Völker in Afrika und Asien.

In all dem zeigt sich der reaktionäre Klassencharakter der EWG als eines Blocks von imperialistischen Mächten.

Es ist genauso wie Lenin feststellte: **„Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als ein Abkommen der europäischen Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte."** Eine wirkliche Vereinigung der Völker aber kann es im Rahmen der imperialistischen EWG niemals geben. Darüber können all die schönen Worte der Monopolherren, ihrer Staatsmänner und ihrer Handlanger nicht hinwegtäuschen. Die Arbeiter, die Bauern, die übrigen Werktätigen Europas werden ihre Hoffnungen nicht auf die EWG, auf das Europa-Parlament setzen. Sie werden unter der Führung der wahrhaft kommunistischen Parteien den einzigen Weg der Befreiung gehen, den Weg der sozialistischen Revolution.

(wird fortgesetzt)

Marxistisch-leninistische Parteien zur EWG

Partei der Arbeit Albaniens:

„Eine ebensolche reaktionäre Organisation wie der RGW ist auch die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Sie ist ein großer Zusammenschluß der kapitalistischen Monopole und Trusts, um das Proletariat und die werktätigen Massen Europas und die Völker der Welt schonungslos auszubeuten.

Seit ihrer Gründung war es das Ziel der EWG, zugunsten der großen Trusts und Konzerne Methoden barbarischer Plünderung aufzufinden und den Kapitalismus vor Krisen und Erschütterungen zu retten. Auf der internationalen Arena ist die EWG eine neokolonialistische Großmacht, die nicht nur den Supermächten bei der Ausbeutung der Entwicklungsländer Konkurrenz macht, sondern auch versucht, die alten Privilegien der einstigen Kolonialmächte in diesen Ländern beizubehalten bzw. zurückzugewinnen.

Obwohl die USA offiziell nicht in der EWG sind, spielen sie durch die Verflechtung des amerikanischen Kapitals mit dem Kapital jedes einzelnen Mitgliedlandes indirekt eine sehr große Rolle darin. Der amerikanische Imperialismus hatte und hat in der EWG eine starke Stütze gegen den sozialimperialistischen Block. Zusammen mit der NATO bildet die EWG eine organisierte Basis und ein organisiertes Hinterland des amerikanischen Imperialismus bei seiner Rivalität und Konkurrenz mit der anderen imperialistischen Macht, der revisionistischen Sowjetunion."

Kommunistische Partei Britanniens/Marxisten-Leninisten:

„Niemals dürfen wir uns mit unserer Bourgeoisie in ein Boot setzen, ebensowenig dürfen wir mit in das gemeinsame monopolistisch-kapitalistische Boot steigen, das unsere Bourgeoisie mit den Bourgeoisien Westeuropas zusammenzimmert. Die Mitgliedschaft in der EWG, der Verfall der Abkommen des internationalen Währungsfonds und der Weltbank sind Teil der Konterrevolution des britischen Kapitalismus an der politischen Front. Wir widersetzen uns entschieden der Mitgliedschaft in der EWG, und wir werden uns nicht an den falschen Direktwahlen für ein Europaparlament beteiligen, so wie wir uns nicht an den falschen Wahlen in Britannien beteiligen, bei denen es nur darum geht, welche kapitalistische Partei über uns herrscht."

Gemeinsame Erklärung der marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen von Dänemark, Finnland, Faröer Inseln, Island, Norwegen und Schweden:

„Die nordischen Marxisten-Leninisten treten dafür ein, daß die nordischen Länder nicht dem Gemeinsamen Markt beitreten. Dies ist unser Ziel, weil der Gemeinsame Markt als Vereinigung der europäischen Monopole das Recht auf Selbstbestimmung unserer Länder bedroht, in bestimmten Fällen sogar die wirtschaftlichen Bedingungen unserer Existenz, und weil die Mitgliedschaft im Gemeinsamen Markt für die Arbeiterklasse eine stärkere Ausbeutung bedeutet."

Interview mit einer Vertreterin der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Vor kurzem hat die Delegiertenkonferenz der Gesellschaft der Freunde Albaniens stattgefunden. Zum besseren Verständnis der Arbeit dieser Freundschaftgesellschaft dient das folgende Interview mit einer Vertreterin der Gesellschaft der Freunde Albaniens.

Roter Morgen: Was will die Gesellschaft der Freunde Albaniens, was sind ihre Ziele und Aufgaben?

GFA: Die Gesellschaft der Freunde Albaniens (GFA) will die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk fördern. Sie will umfassend und unverfälscht informieren über Albanien, seine Geschichte, seine Kultur, seinen sozialistischen Aufbau.



Großes Interesse an einem Stand der GFA

Die Menschen bei uns interessieren sich aus den verschiedensten Gründen für Albanien. So schreiben uns etwa Radio-Tiranä-Hörer oder Menschen, die etwas über die Arbeiterklassenkontrolle wissen wollen, Wissenschaftler, die von dem Reichtum der albanischen Archäologie begeistert sind, und Lehrer, die nach Unterrichtsmaterial über Albanien suchen. Andere fragen nach albanischen Sprachbüchern oder Volksliedern.

Unabhängig von ihren Anschauungen, interessieren sich diese Menschen für verschiedene Aspekte des reichen sozialistischen Lebens in Albanien. Wir wollen dieses Interesse aufgreifen, die Fragen beantworten und die Menschen für die Freundschaft mit Albanien gewinnen.

Genauso, wie wir alles unterstützen, was die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern fördert, korrigieren wir alle falschen Ansichten über Albanien und treten Hetze oder Lügen entschieden entgegen.

Roter Morgen: Wie arbeitet ihr, um Euer Ziel zu erreichen?

GFA: Unsere Arbeit ist sehr vielfältig. So führen wir Veranstaltungsreihen mit Dias, Filmen, Ausstellungen durch. Z.B., Reiseberichte, Vorträge zu Kunst und Kultur, zur Erziehung, zum Gesundheitssystem, zur Rolle und Stellung der albanischen Frau, zu den verschiedensten aktuellen Ereignissen in Albanien. Besondere Höhepunkte im vergangenen Jahr' waren die Filmwochen, wo Tausende Menschen in verschiedenen Städten albanische Spielfilme besuchten, und eine Albanienausstellung im Ruhrlandmuseum in Essen, die von etwa 10.000 Menschen gesehen wurde.

Ein wichtiger Teil unserer Aufgabe ist die Herausgabe und Verbreitung unserer Vereinszeitschrift „Albanische Hefte". Jedes Heft steht unter einem Schwerpunktthema, damit sich jeder anhand seiner konkreten Fragen und Interessen über Albanien informieren kann. Außerdem enthalten die Hefte aktuelle Informationen über Albanien, Literaturhinweise, Buchbesprechungen, Kurzgeschichten, Gedichte, Lieder und ähnliches.

Wie sehr das Interesse für Albanien in unserem Land wächst, kann man z.B. auch daran sehen, daß sich die Auflage unserer Hefte seit unserer Gründung versechsfacht hat. Natürlich verbreiten wir auch albanische Literatur, die Zeitschriften „Neues Albanien" und „Albanien heute", die deutschsprachigen Sendungen von Radio Tirana, denn das ist ja eine sehr interessante und wichtige Information über Albanien.

Jedes Jahr führen wir mehrere Informationsreisen nach Albanien durch, denn möglichst viele Interessierte sollen Land und Leute mit eigenen Augen sehen. Aus diesen Reisen gewinnen wir unser Informationsmaterial.

Roter Morgen: Ihr habt damit auch schon öfters Veranstaltungen der Partei und der ROTEN GARDE unterstützt.

GFA: Ja, wir sammeln das Material nicht nur für unsere eigenen Veranstaltungen, sondern beteiligen uns damit als Gäste an Veranstaltungen anderer Organisationen, bzw. leihen es aus. Einige Albanienfreunde haben damit Vorträge in Schulen, Jugendheimen, Gewerkschaftsgruppen, Volkshochschulen oder vor Freunden und Kollegen gemacht. In letzter Zeit hat es da einige gute Initiativen gegeben, die sehr wichtig sind, um die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu verbreitern und zu vertiefen.

Eine große Unterstützung erhalten wir in unserer Arbeit vom „Komitee für kulturelle und freundschaftliche Beziehungen mit dem Ausland" in Tirana. Das Komitee stellte uns z.B. die Filme für die Filmwochen und vieles andere Material zur Verfügung. Mehrmals konnten Vorstandsmitglieder der GFA auf Einladung des Komitees Albanien besuchen, so z.B. im vergangenen Jahr, die nationale Konferenz für ethnographische Studien in Tirana.

Roter Morgen: Was sind Eure nächsten Pläne?

GFA: Unser Schwerpunkt in diesem Jahr für unsere Reisen und Veranstaltungen ist die sozialistische Wirtschaft, besonders die Industrialisierung Albaniens. Im vergangenen Jahr hat das albanische Volk wieder große wirtschaftliche Erfolge erzielt. Z.B. wurde im Hüttenkombinat in Elbasan zum ersten Mal Stahl aus eigenen Kräften hergestellt. „Die zweite Befreiung Albaniens", nannte Enver Hoxha die Errichtung dieses Werkes. Viele Menschen hier fragen danach. Besondere Aufmerksamkeit wollen wir in Zukunft der Arbeit in der breiten Öffentlichkeit mit Presse und bekannten Persönlichkeiten widmen. Wir haben auf der Delegiertenkonferenz festgestellt, daß auf diesem Gebiet der Hauptmangel unserer bisherigen Arbeit lag. Wir haben zwar bisher Vorträge in verschiedenen Institutionen gemacht, wir haben zwar Literatur in einigen Bibliotheken untergebracht und ab und zu einen Leserbrief geschrieben, doch wir besitzen nur wenig Kontakt zu Wissenschaftlern und Journalisten, und aufgrund dieses Mangels haben wir z.B. das reichliche Informationsmaterial vom ethnographischen Kongreß noch nicht entsprechend seiner wissenschaftlichen Bedeutung nutzen können. Gerade auf diesem Gebiet müssen wir also unsere Anstrengungen verstärken, denn wir haben noch große Aufgaben vor uns.

Unsere Arbeit ist so wichtig, weil sie dem Wunsch unseres Volkes nach Freundschaft mit dem albanischen Volk nachkommt. Deshalb wird sie auch weitere Erfolge bringen.

Presseerklärung der GFA

München, den 30. 3. 1977

Im Zeichen der engen Freundschaft zum albanischen Volk und der Freude über die neuen großen Erfolge des albanischen Volkes beim sozialistischen Aufbau seines Landes fand in diesen Tagen die ordentliche Delegiertenversammlung der Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V. statt.

In diesem Jahr wird die Gesellschaft der Freunde Albaniens auf ein 6jähriges Bestehen zurückblicken. Seit ihrer Gründung und besonders auch seit der letzten Delegiertenversammlung vor zwei Jahren konnten viele Erfolge in der Freundschaftsarbeit erzielt werden. So wurde im vergangenen Jahr eine albanische Ausstellung von etwa 10.000 Menschen gesehen. Tausende besuchten auch die Filme während der Filmwochen in vielen Städten. Jedes Jahr wurden mehrere Reisen nach Albanien mit großem Erfolg durchgeführt.

Gestützt auf die Erfahrungen dieser Jahre konnte die Delegiertenversammlung einstimmig eine Änderung der Programmatischen Erklärung verabschieden, die mit Sicherheit die Freundschaftsarbeit verbreitern und vertiefen wird.

Die Delegiertenversammlung fand unter lebhafter Beteiligung aller Delegierten in großer Geschlossenheit und Begeisterung statt. Einstimmig wurde der Rechenschaftsbericht des Vorstandes angenommen, der Vorstand entlastet und neugewählt. Zum Schluß bekräftigten die Delegierten die Absicht, in Zukunft die Anstrengungen zu verstärken, um in breitesten Bevölkerungskreisen über die Wirklichkeit in Albanien zu berichten, alle falschen Ansichten über Albanien richtigzustellen, Lügen entgegenzutreten und Freunde für das albanische Volk und die Sozialistische Volksrepublik Albanien zu gewinnen.

Es lebe die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk

Gesellschaft der Freunde Albaniens e. V., der Vorstand.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

BUXTEHUDE

Vor kurzem hat in Buxtehude vor dem Jugendschöffengericht ein Meineidsprozeß gegen drei jugendliche Antifaschisten stattgefunden. Sie waren angeklagt worden, weil sie angeblich in einem Prozeß einen Meineid geschworen haben sollen, als sie bezeugten, daß ein anderer Jugendlicher bei einer Aktion gegen die NPD-Faschisten nicht, wie es die bürgerliche Klassenjustiz behauptet hatte, einen Polizisten verletzt und Widerstand gegen den Staatsgewalt geleistet hatte, sondern, daß es genau umgekehrt war: Der Polizist hatte den Jugendlichen geschlagen. Die Buxtehuder Ortsgruppen der ROTEN GARDE und der Roten Hilfe Deutschlands hatten zu diesem Prozeß eine breite Kampagne geführt, und die Buxtehuder Werktätigen aufgerufen, für den Freispruch der drei Jugendlichen zu kämpfen. Höhepunkt der Kampagne war eine Veranstaltung, zu der rund 50 Freunde und Genossen gekommen waren. Zu dem Prozeß selbst kamen dann fast 100 Zuschauer, um den Angeklagten ihre Solidarität zu bekunden. Angesichts des großen Interesses in der Öffentlichkeit, der breiten Solidarisierung mit den drei jugendlichen Antifaschisten und der völligen Unhaltbarbeit der Anklage konnten die Einschüchterungsversuche des Richters zurückgeschlagen, konnten die Aussagen des Polizeizeugen als Lügen entlarvt und der Freispruch erkämpft werden.

MARBURG

In der Woche zwischen dem 7. und 11. März fanden in Marburg zwei Prozesse gegen drei Studenten statt. Sie waren wegen Hausfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und schwerer Körperverletzung in Zusammenhang mit den Aktionen der Studenten gegen die Amtsenthebung des Marburger Asta im November 1975 angeklagt. In den Prozessen wurden die Studenten zu 300 bzw. 225 DM Geldstrafe verurteilt. Die Anklagepunkte Hausfriedensbruch und schwere Körperverletzung mußten von der bürgerlichen Klassenjustiz fallengelassen werden. Das Urteil gegen die Studentin, die in der ersten Instanz wegen „schweren Raubes" zu neuen Monaten Gefängnis mit Bewährung verurteilt worden war, konnte von der bürgerlichen Klassenjustiz ebenfalls nicht aufrechterhalten werden. Sie wurde nun zu einer Geldstrafe von 900 DM verurteilt.

Spenden

In den letzten Wochen gingen folgende Spenden auf die Spendenkonten der KPD/ML ein:

I. Spenden für die KPD/ML

2.3.	Buchladen Kiel für Grundsatzerklärung	3,97
2.3.	Stammtisch Westberlin-Neukölln	262,86
8.3.	Buchladen Roter Morgen, Köln	70,00
9.3.	Kunden des Buchladens Roter Morgen, Bochum	181,58
15.3.	W. K., Essen	25,00
28.3.	W. K., Essen	40,00
29.3.	Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck vom 25.3.	37,15
1.4.	N. M., Bad Schwartau	1.000,00
4.4.	Doppelkopfrunde „Rotes Contra", Bonn	85,00
	insgesamt	DM 1.705,56

II. Spenden für die Sektion DDR der KPD/ML

2.3.	Genossen aus Bochum	110,00
2.3.	F. Sch., Kelkheim, RG-Stammtisch	40,00
2.3.	Buchladen K. Z., Kiel	4,60
7.3.	Stammtisch Kitzingen 24.3.	25,00
8.3.	Protestveranstaltung der RG Minden gegen die Verschleppung des Genossen Bernd Hübner	36,00
8.3.	P. W., Immenstaad	100,00
8.3.	Veranstaltung der Roten Garde Friedrichshafen zur Verschleppung des Gen. Bernd Hübner	16,00
9.3.	Feier Singen zur Freikämpfung des Gen. Bernd Hübner	50,06
9.3.	Veranstaltung in Hannover zum Programm der KPD/ML vom 4.3.	40,37
10.3.	R. B., Lahn-Gießen	145,00
11.3.	R. D., Rüsselsheim	56,00
16.3.	Ortsgruppe Kassel	150,00
18.3.	M. M., Nürnberg	35,00
21.3.	N. G., Seligenstadt	6,30
21.3.	M. K., Reutlingen	180,00
23.3.	RG-Würfelrunde, Darmstadt	40,00
24.3.	Veranstaltung in Hamburg zur Verschleppung des Gen. Bernd Hübner	208,40
25.3.	Singabend München	141,00
25.3.	Veranstaltung Dortmund zur Befreiung des Gen. Bernd Hübner	800,00
29.3.	Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck vom 25.2.	32,04
1.4.	H. D. H., Wuppertal	5,00
	insgesamt	DM 2.220,77

III. Solidaritätsspenden

2.3.	Buchladen K. Z., Kiel	27,50
2.3.	Buchladen K. Z., Kiel, internat. Solidarität	2,35
3.3.	OG Münster, Solidarität mit Brokdorf	138,30
7.3.	Singabend u. KSB/ML München, B. Woitalla	137,50
7.3.	Singabend München, RM-Prozesse	137,00
9.3.	Politischer Stammtisch Duisburg vom 25.2. für Bernd Hübner	87.00
10.3.	Brecht-Veranstaltung der RG-Odenwald, für Bernd Hübner	112,33
14.3.	Veranstaltung in Bremen zur Verschleppung des Gen. Bernd Hübner	203,50
29.3.	Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck 11.3.	67,11
30.3.	U. Sch., Düren	1.500,00
	insgesamt	DM 2.412,59

IV. Spenden für den Roten Morgen

9.3.	St.Z. Duisburg	30,00
14.3.	P. K., München	100,00
	insgesamt DM	130,00

V. Spenden zur Unterstützung der RKP Chiles

28.3.	Grundschulung Freiburg	50,00
28.3.	B. B., Bonn	10,00
6.4.	P. K., München	200,00
	insgesamt DM	260,00

VI. Sonstige Spenden

10.2.	J. K., Westberlin, Roca Radiadores	48,71
2.3.	Stammtisch Westberlin-Neukölln, Roca Radiadores	64,50
7.3.	Kunden d. Buchladen Roter Morgen, München für KP Polens	18,00
16.3.	KSB/ML Maschinenbau TU-Westberlin, Roca Radiadores	50,00
28.3.	R. St., Westberlin, FRAP	50,00
28.3.	B. u. N.K., Herne, ZANU	10,00
1.4.	H.D.H., Wuppert. FRAP	5,00
	insgesamt DM	246,21

Außerdem wurden am 21. 3. 329,00 DM gespendet. Einzahler und Verwendungszweck müssen noch ermittelt werden und werden in der nächsten Spendenveröffentlichung bekanntgegeben.

Insgesamt gingen somit in den letzten Wochen auf die Spendenkonten der KPD/ML an Spenden ein. 7.304,13 DM

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

Zuwachs im Zoo — oder wie ein Oberbürgermeister einen Beruf findet

Liebe Genossen,
kürzlich hörte ich ein Gespräch von CDU-Bonzen an, die sich über die „Pöstchenwirtschaft" der SPD aufregten, (weil ihnen selber Posten vor der Nase weggeschnappt wurden). Sie erzählten sich folgendes originelle Beispiel, wie man in den schweren Zeiten der Arbeitslosigkeit einen gutbezahlten Beruf findet — wenn man die Protektion der richtigen Freunde hat.

Herr Masselter, bis zur letzten Kommunalwahl Oberbürgermeister von Duisburg, und durch die Wahl stellungslos geworden, brauchte einen Beruf. Also schlug er der SPD-Fraktion im Duisburger Magistrat vor, ihn doch zum leitenden Direktor der Städtischen Verkehrsbetriebe zu ernennen. Doch das Problem war: von diesem Gebiet hat Herr Masselter keine Ahnung. So blieb die SPD auf dem Teppich und riet ihm ab. Nun war guter Rat teuer. Schließlich fand man aber doch einen Ausweg und für den Ex-Oberbürgermeister einen Beruf. Die SPD-Fraktion machte ihn zum kaufmännischen Direktor des Duisburger Zoos. Mit dem doppelten Gehalt des Zoo-Leiters: 10.000 DM.

Ob denn Herr Masselter dafür qualifiziert war? Das natürlich nicht. Und so verteuerte sich die Sache noch ein wenig. Schließlich kann einer nicht den Zoo leiten, der davon absolut keine Ahnung hat. Also wurde Herrn Masselter noch eine Fachkraft — im Rang und mit dem Gehalt eines Oberamtmannes — zur Seite gestellt. Dem konnte man aber auch nicht zumuten, die Arbeit ganz alleine zu machen. Deshalb wurde auch noch eine Sekretärin eingestellt...

So kam der Oberbürgermeister zu einem Beruf und „schuf" auch noch zwei weitere Arbeitsplätze. — Soweit der „Insider"-Bericht der CDU-Bonzen. Ein Kommentar ist überflüssig. Im Sozialismus sollten wir das Büro von Herrn Masselter mit einem Gitter versehen und zur Besichtigung freigeben: „(Gar nicht so) seltenes Exemplar des korrupten Bourgeois"

Eine Genossin aus Duisburg

„Rote Fahne" verfälscht Lenin

Liebe Genossen!

Mit großer Begeisterung haben wir die Beilage „Die ‚Theorie der drei Welten' — eine marxistisch-leninistische Theorie?" aus dem „Roten Morgen" 11/77 studiert. Sie ist ein wichtiger und hervorragender Beitrag zur Stärkung der Einheit der marxistisch-leninistischen Weltbewegung im Kampf gegen die internationale opportunistische Bewegung, die gerade mit dieser „Drei-Welten-Theorie" hausieren geht.

Es wird richtig bestimmt und dargestellt, daß Kommunisten an alle Fragen vom Klassenstandpunkt herangehen und daß die Klassenfrage den entscheidenden Platz in der Theorie des Proletariats einnimmt. Dies drückt sich in den vier grundlegenden Widersprüchen aus, während die „Theorie der drei Welten" aber die Klassenfrage ausklammert.

So, wie Chruschtschow seine revisionistischen „Theorien" wie die des „friedlichen Übergangs des Kapitalismus in den Sozialismus" oder den „friedlichen Wettbewerb" mit der Theorie Lenins zu belegen versuchte, versuchen heute diese Opportunisten, ihre „Theorien" als auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus stehend und als Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus darzustellen. Es ist klar, daß sie damit notwendigerweise den Klassenstandpunkt der Klassiker des Marxismus-Leninismus negieren müssen, indem sie Zitate verfälschen oder aus dem Zusammenhang reißen. Wie dies konkret aussieht, zeigt ein Artikel der Gruppe Rote Fahne (KPD) in der Wetterfahne Nr. 10/77: „Das strategische Konzept von den Drei Welten — die marxistisch-leninistische Analyse der heutigen Weltlage". Zitat aus Lenin, Bd. 21, S. 416 — kursiv, was die GRF (KPD) weggelassen hat:

„Der Imperialismus ist die fortschreitende Unterdrückung der Nationen der Welt durch eine Handvoll Großmächte. Er ist die Epoche der Kriege zwischen ihnen um die Erweiterung und Festigung der nationalen Unterdrückung *Er ist die Epoche des Betruges an den Volksmassen durch die heuchlerischen Sozialpatrioten, d. h. durch die Leute, die* **unter dem Vorwand** *(Hervorhebung von Lenin) der „Freiheit der Nationen", des „Selbstbestimmungsrechts der Nationen", der „Vaterlandsverteidigung" die Unterdrückung der Mehrheit der Nationen der Welt durch die Großmächte rechtfertigen und verteidigen.*

Eben deshalb muß die Einteilung der Nationen in unterdrückende und unterdrückte den Zentralpunkt in den sozialdemokratischen Programmen bilden, da diese Einteilung **das Wesen** des Imperialismus ausmacht und von den Sozialpatrioten, Kautsky inbegriffen, **verlogenerweise** umgangen wird. Diese Einteilung ist nicht wesentlich vom Standpunkt des bürgerlichen Pazifismus oder der kleinbürgerlichen Utopie der friedlichen Konkurrenz der unabhängigen Nationen unter dem Kapitalismus, aber sie ist eben das Wesentlichste vom Standpunkt des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus. *Aus dieser Einteilung folgt* ***unsere*** *konsequent demokratische, revolutionäre, der allgemeinen Aufgabe des sofortigen Kampfes für den Sozialismus* ***entsprechende*** *Auffassung vom „Selbstbestimmungsrecht der Nationen". Im Namen dieses Rechtes, dessen aufrichtige Anerkennung der Sozialismus fordert, müssen die Sozialdemokraten der unterdrückenden Nationen die Freiheit der Absonderung für die unterdrückten Nationen fordern, — weil widrigenfalls die Anerkennung der Gleichberechtigung der Nationen und der internationalen Solidarität der Arbeiter tatsächlich nur eine hohle Phrase, nur eine Heuchelei bliebe. Die Sozialdemokraten der unterdrückten Nationen aber müssen die Forderung nach Einheit und Verschmelzung der Arbeiter der unterdrückten Nationen mit den Arbeitern der unterdrückenden Nationen als Hauptsache betrachten, — weil widrigenfalls diese Sozialdemokraten unwillkürlich zu Verbündeten dieser oder jener nationalen* ***Bourgeoisie*** *werden, die* ***immer*** *die Interessen des Volkes und der Demokratie verrät, die* ***immer*** *ihrerseits bereit ist, Annexionen zu machen und andere Nationen zu unterdrücken."*

Zum Schluß wollen wir noch ein Zitat von Lenin gegen die Sozialchauvinisten anführen, das auch genau auf die GRF zutrifft. Lenin, Bd. 21, S. 177:

„Wir wollen hoffen, daß A. Petressow, Kautsky oder ihre Anhänger den Vorschlag machen werden, die Stuttgarter und die Basler Resolution etwa durch die folgende zu ersetzen: ‚Falls der Krieg, trotz unserer Bemühungen, dennoch ausbrechen sollte, so müssen wir vom Standpunkt des Weltproletariats bestimmen, was ihm vorteilhafter ist: daß Indien von England oder von Deutschland ausgeplündert wird; daß die Neger in Afrika von den Franzosen oder von den Deutschen mit Fusel betäubt und ausgeraubt werden; daß die Türkei von den Deutschen und Österreichern oder von den Engländern, Franzosen und Russen an der Gurgel gepackt wird; daß China von den Japanern oder von den Amerikanern aufgeteilt wird' usw."

Rot Front!
Zwei Genossen des KSB/ML
aus Westberlin

Die Rote Kurzgeschichte

"Viel Glück zum Fang"

André Gabor, 1935

Fünf Jahre sind seither vergangen. Der Winter 1930 war eine bleiern bewegungslose und dennoch blutig bewegte Zeit für Hamburg. Die Krise hatte zwar ihren Tiefpunkt noch nicht erreicht, aber es gab fast keinen Überseeverkehr mehr. Der Hafen, die Stadt, die Wasserkante waren tot. Verzweifelt und empört wollten die Erwerbslosen einen Hungermarsch nach Hamburg organisieren. Die Polizei rechnete damit, daß bei der damals herrschenden bitteren Kälte die Teilnahme am Hungermarsch nur sehr spärlich sein werde. Als sich aber eine Woche vor der Versammlung der Hungermärschler in Hamburg die Erwerbslosen der Städte und Städtchen Kiel, Lübeck, Lüneburg, Harburg und Bremen in endlosen Kolonnen in Bewegung setzten und dadurch auch die ohnehin gärende Bauernschaft zu politischen Aktionen mitrissen, verlor die Polizei den Kopf, verbot den bisher erlaubten Hungermarsch, verbot die in Hamburg geplante Demonstration und die bei Sagebiel angesetzte große Versammlung. Die Kolonnen, die aus Holstein, Hannover und Mecklenburg nach Hamburg unterwegs waren und nichts vom Verbot wußten, wurden von der Polizei mit maßloser Brutalität auseinandergetrieben. Der Hunger und die Empörung wollten aber doch marschieren. Über Landwege, die abseits der Hauptstraßen lagen, durch Wälder, in denen bloß Wagenspuren liefen, durch endlose Sumpfwiesen, die jetzt eingefroren waren, kamen die Erwerbslosen. Da ergoß sich Polizei und Gendarmerie auf Wiesen und Felder, streifte ständig in den Wäldern herum, und wie nach dem niedergeschlagenen Bauernkrieg wurde Jagd auf die Hungernden gehalten. Hamburg selbst glich einer vom Feinde eroberten Stadt. Reichswehr und Reichsmarine waren in Alarmzustand. Die Hamburger Arbeiterschaft ließ sich aber ihr Recht auf die Straße nicht rauben, sie demonstrierte Tag für Tag und ließ sich von der Polizei nicht zerstreuen. Es krachten Salven, und es gab Tote und Verletzte. Die Folge war nicht Frieden und Beruhigung, sondern der Streik der Bauarbeiter und das Sieden und Brodeln in den Arbeitervierteln.

Die Gerüchte darüber drangen in die Nachbarstädte und auf das Land hinaus. Die Erwerbslosen machten ihre letzten Versuche, nach Hamburg zu gelangen und sich mit ihren dortigen Leidensgefährten zu vereinigen. Die Gruppen brachen jetzt zur Nachtstunde auf und umgingen Städte und Dörfer; bei Tagesanbruch standen aber die meisten wieder vor Polizeipistolen. In Hamburg hatte die Polizei das Parteihaus und die Redaktion der Parteizeitung am Valentinkamp besetzt und die Parteifunktionäre, deren sie habhaft werden konnte, unter den nichtigsten Vorwänden verhaftet. Am liebsten hätte sie den Genossen Thälmann in die Hände bekommen, denn es war die Nachricht verbreitet worden, daß er in Hamburg sei und die Massenaktion organisiere. Nun war aber eine Verhaftung Thälmanns doch nicht so einfach. Auf legalem Boden schützte ihn damals sein Reichstagsmandat. Nur wenn er bei etwas „Illegalem" ertappt worden wäre, hätte man den Fall als „in flagranti" — auf „frischer Tat" — frisieren können. Das heißt: Thälmann durfte nur bei einem verbotenen Aufmarsch oder einer verbotenen Versammlung verhaftet werden. Auch dort bloß, wenn wenig Arbeiter dabei waren, denn die Hamburger Polizei machte sich keine Illusionen darüber, daß die Hamburger Arbeiterschaft ihren geliebten Teddy nicht so leicht hätte verhaften lassen. Es hätte wieder Tote gegeben, und das Konto der Hamburger Polizei war ohnehin schon sehr überlastet.

Kamen nun wirklich keine Hungermärschler nach Hamburg? Doch! Wenn auch nicht zu Tausenden, aber zu mehreren Hunderten gelang es ihnen, Hamburg zu erreichen. Die Versammlung stieg am festgesetzten Tag, wenn auch nicht bei Sagebiel, wo die Polizei lagerte, so doch in Uhlenhorst, in einer Straße, wo es der Polizei gar nicht einfiel, Arbeiter zu suchen, in einem bürgerlichen Bierhaus, das einen geräumigen Vereinssaal mit Bühne besaß. Die Erwerbslosen kamen nicht in Gruppen, sondern einzeln. Dem Wirt sagte man, sie seien Viehzüchter aus Lüneburg. Der Mann wollte seine Saalmiete haben, für alles andere interessierte er sich nicht. Auf der Straße wurden Erwerbslose als Wachposten aufgestellt.

Der Saal war zum Bersten voll, und vom Podium sprachen der Reihe nach die Abgesandten der Städte. Sie sprachen kurz, die Zeit drängte, die Versammlung durfte nicht mehrere Stunden dauern. Nach dem vierten oder fünften Redner trat eine allen bekannte mächtige Gestalt, mit der blauen Seemannskappe auf dem Kopf, aus den „Kulissen". Durch den Saal ging ein Geflüster: „Teddy!" Im selben Augenblick stand der Sekretär des Bezirkes Wasserkante am Rand der Bühne und machte mit der Hand eine Bewegung, mit der man Lärm zu beschwichtigen pflegt. Und durch den Zuschauerraum ging wieder ein Flüstern, von Mund zu Mund: „Kein Gruß! Kein Applaus!" Sonst wären doch die Anwesenden, die den Führer des deutschen Proletariats, ihren Teddy, vor sich hatten, aufgestanden, und hätten mit geballter Faust gerufen: „Dem Genossen Ernst Thälmann ein dreifaches Rotfront!" Das wäre jetzt falsch gewesen. Durch diese erzwungene Stille entstand eine seltsame Stimmung der Feierlichkeit. Als Thälmann zum Rednerpult ging und die Faust stumm zum Gruß erhob, taten alle im Saal, ebenfalls stumm, dasselbe.

Sonst sprach Thälmann laut, mit schallender, fast schriller Stimme. Jetzt sehr ruhig, beinahe gedämpft, und auch nicht so schnell, wie man es bei ihm gewohnt war. Den Applaus, der nach den lodernden Sätzen elementar losbrechen wollte, mußte die hochgereckte Hand des Sekretärs immer wieder zurückdrängen. Am Schluß der Rede, wo Thälmann wieder die Faust hochhob, klatschte die erste Reihe dennoch krachend los, doch der Sekretär rief in den Saal hinein: „Ruhe, Genossen! Ihr wißt doch, worum es geht!"

Thälmann verschwand von der Bühne, und die Versammlung ging weiter.

Am Bühnentürlein des Vereinssaales, das auf einen dunklen Korridor führte, geschah folgendes: Ein Bierkutscher stand dort und sprach Thälmann, der in Begleitung des Sekretärs von der Bühne kam, in Hamburger Platt an:

„Hör mal, Teddy, du darfst nicht hinaus auf die Straße. Das Überfallkommando kommt und will dich schnappen."

„Woher weißt du das?"

„Ich stand draußen neben der Telefonzelle, als so'ne Dreckseele von Spitzel die Polente anrief. Hab mir den Burschen gemerkt." — „Danke, Genosse, aber ich muß zur Bahn. In dreißig Minuten fährt der D-Zug nach Berlin, und wir haben um sieben Uhr Sitzung des Zentralkomitees."

„Ja, aber wenn du so hinausgehst, bist du auch übermorgen nachmittag nicht in Berlin. Bestimmt nehmen sie dich hopp!"

„Nicht so? Wie denn?"

Der Bierkutscher hielt etwas in der Hand und reichte es Thälmann: „Hier sind die blaue Schürze, das Lastkissen und die Ledermütze meines Abladers. Der liegt heute krank zu Hause, ich hab dir die Arbeitskluft von der Kutsche hereingeholt, als ich das Gespräch hörte. Du hilfst mir die leeren Bierflaschen hinaustragen, so kommst du durch. So'ne Kiste mit Flaschen ist gar nicht schwer. Gib deinen Winterrock und die Kappe dem Genossen Sekretär."

Thälmann lachte: „Im Hafen hab ich ganz andere Lasten gelupft!"

Nun war Thälmann nicht nur in Hamburg, er war in ganz Deutschland so bekannt, daß jeder Polizist ihn sofort erkannt hätte. Ein bekanntes Gesicht ist aber nur in seiner gewohnten Umgebung auf den ersten Blick erkenntlich. Thälmann, mit seiner blauen Kappe, unter Arbeitern oder allein auf der Straße: ja, das ist ganz bestimmt er. Aber ein Bierkutscher mit Lederschürze, mit der Kiste auf der Schulter: da kann es keinem Schupo einfallen, in ihm den Gesuchten zu ahnen.

Als die zwei Bierkutscher in der Ecke der Schankstube sich die Kisten auf die Schulter luden, rannten die Wachposten von draußen zur Tür herein, um die Versammlung zu warnen. Einige Sekunden später stand schon der Polizeileutnant in der Ausgangstür und ließ, ohne sich um den erschrockenen Wirt zu kümmern, beide Türflügel öffnen, damit seine Mannschaft hereinkönne.

„Niemand verläßt das Lokal!" schrie er schnarrend.

Die zwei Bierkutscher, mit den Kisten auf der Schulter, gingen schnurstracks der Tür zu; der erste, der echte, rief gutmütig: „Mahlzeit! Da gibt's Radau. Da müssen die Flaschen raus!"

Dann, weil die Schupos schon vor dem Ausgang standen: „Straße frei, meine Herren!"

Die Schupos sprangen zur Seite, um den zwei Kistenschleppern den Weg zu öffnen.

„Mann, du reißt mir den Tschako vom Kopp mit deiner Kiste!" rief einer von ihnen.

Draußen stand die Bierkutsche zwischen Polizeiflitzern eingekeilt. Ein Teil des Schupoaufgebotes bildete eine Sperre um das Bierhaus. Die zwei Bierkutscher verrichteten ihre Arbeit, schoben die Kisten auf den Wagen, schön ordentlich, wohin sie gehörten, nachher setzten sie sich auf den hohen Kutschbock. Der Wachposten, der draußen die Sperre befehligte sagte zu ihnen hinauf: „Sind die Hungerleider noch da?" Der Bierkutscher, der echte, gab zurück: „Werden noch lange da sein, Herr Wachtmeister."

Er hob die Peitsche, trieb die Pferde an und fragte dabei: „Ist denn eine Versammlung hier?"

„Jawoll", sagte der Wachtmeister. „Auch der ‚Olle' ist dabei. Den holen wir jetzt ein bißchen. Dann gibt's Dresche und Kittchen."

Vom Bock herunter sagte der zweite Bierkutscher: „Viel Glück zum Fang, Herr Wachtmeister!"

Die Kutsche drehte in die Mitte der Straße hinaus und ließ die Polizeiautos hinter sich. Auf der Papenhuder Straße, wo die Trambahn geht, band Thälmann die Schürze ab: „Du, Genosse, ich steig hier ab, denn die werden uns nachjagen, wenn sie den Bockmist riechen."

Der Bierkutscher nahm seine kurze Winterjacke, die unter dem Kutschersitz lag: „Wird dir kalt sein, Teddy. Zieh die Jacke an, ist nicht sehr schäbig, und schick sie mit dem Sekretär zurück."

Thälmann bestieg die Elektrische und fuhr zum Bahnhof.

In einer Viertelstunde wurden in Uhlenhorst und in Hohenfelde, Eilbek und Winterhude alle Bierkutschen von Polizeiautos gestoppt. Wo zwei Bierkutscher saßen, war der eine von ihnen der Teddy...

Der saß aber schon im D-Zug nach Berlin und war wieder nicht mehr zu verhaften.

Artikel aus 'Zeri i Popullit' von Genossin Fiqret Shehu

Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei - entscheidende Bedingung für den Sieg der Revolution und den Aufbau des Sozialismus

Der heftige Kampf, der heute zwischen den Marxisten-Leninisten und den modernen Revisionisten stattfindet, gleicht dem Kampf, den Lenin und Stalin gegen alle Verräter der Arbeiterklasse, gegen alle Renegaten des Marxismus-Leninismus führten. Das ist vollständig begreiflich. Es erklärt sich vor allem daraus, daß heute, unabhängig von den neuen Erscheinungen, die in der Welt aufgetreten sind, die historische Epoche, deren Hauptinhalt der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ist, die gleiche ist wie damals. Die Hauptklassen, die sich einander gegenüberstehen, das Proletariat und die Bourgeoisie, sind die gleichen. Die historische Aufgabe, die gelöst werden muß, ist die gleiche: der Sturz der verhaßten kapitalistischen Ordnung und der Aufbau einer neuen Ordnung, der sozialistischen Ordnund. Auch der Weg, wie diese Aufgabe gelöst werden muß,ist gleich: Es ist die sozialistische Revolution, deren Hauptkraft, um sie zu realisieren und zu führen, nur das Proletariat sein kann, die revolutionärste und fortschrittlichste Klasse der Gesellschaft, unter Führung seiner politischen Partei, der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei. Deswegen wird auch der Kampf zwischen Marxisten-Leninisten und den Revisionisten und allen Opportunisten um die gleichen Fragen geführt, die tatsächlich die Kardinalfragen des Marxismus-Leninismus sind.

Eine davon ist die Frage der historischen Mission und der Rolle der Arbeiterklasse als Hegemon sowie die führende Rolle ihrer Partei in der Revolution und beim Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft.

Die Haltung zur Arbeiterklasse, zu ihrer Rolle und Hegemonie in der proletarischen Revolution, in den revolutionären Bewegungen im allgemeinen und beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sowie die Haltung zur führenden und unteilbaren Rolle ihrer marxistisch-leninistischen politischen Partei stellt heute eines der brennendsten ideologischen Probleme dar und mehr denn je eine Trennungslinie zwischen den Marxisten-Leninisten und den Revisionisten und allen Opportunisten, zwischen den Revolutionären und den Konterrevolutionären.

Schon vor gut 130 Jahren zeigten die Begründer der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse, Marx und Engels, dem Proletariat aller Länder ihre Rolle, ihre Aufgabe und ihre Mission als Totengräber des Kapitalismus. Sie zeigten ihr, daß sie als erste zum revolutionären Kampf gegen das Kapital antreten und in diesem Kampf alle Werktätigen und Ausgebeuteten um sich scharen muß. Das wurde von Lenin als das große historische Verdienst der beiden genialen Lehrmeister des Proletariats gewertet.

Doch der Marxismus-Leninismus lehrt, daß das Proletariat seine historische Mission und die Rolle als Hegemon, die ihm zusteht, nur unter Führung seiner bewußten Vorhut, der revolutionären kommunistischen Partei, erfüllen kann und daß es nur unter der Führung einer solchen Vorhut seine ganze revolutionäre Kraft und seinen revolutionären Schwung beweisen und die Entschlossenheit erringen kann, die nicht nur ein historischer Faktor ist, sondern auch der für den Sieg entscheidende Faktor beim Sturz des Kapitalismus und beim Aufbau des Kommunismus.

Die historische Erfahrung hat die Richtigkeit dieser Lehren des Marxismus-Leninismus vollständig erwiesen. Sie hat erwiesen, daß davon, ob die marxistisch-leninistische Partei oder irgendeine andere politische Kraft den revolutionären Kampf führt, seine Ausrichtung und sein Schicksal abhängen, daß davon, ob die Partei der Arbeiterklasse die Führung der sozialistischen Gesellschaft innehat oder nicht, ob sie ihre führende und unteilbare Rolle im ganzen Leben des Landes bewahrt oder verliert, das Schicksal der neuen Gesellschaft abhängt, abhängt, ob sie stets dem Kommunismus entgegen voranschreitet oder umgekehrt zum Kapitalismus.

So ist das sozialistische Albanien, so ist die Partei stets die Vorhut innehatte und weder im antifaschistischen nationalen Befreiungskampf und in der Volksrevolution noch nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats und beim Aufbau der Grundlagen des Sozialismus daran dachte, die führende Rolle mit irgendeinem zu teilen, es auch nicht tat und nicht den geringsten Abstrich daran machte, sondern im Gegenteil, alle Feinde zerschlug, die versuchten, ihre Rolle zu untergraben, ein großes positives Beispiel dafür, was die Arbeiterklasse leisten kann, wie klein und ungefestigt als Klasse sie zu Beginn auch sein mag, wenn sie von ihrer revolutionären Partei geführt wird, die ihre gesamte Tätigkeit von der proletarischen Ideologie leiten läßt.

Das Beispiel der Sowjetunion und der anderen einst sozialistischen Länder, in denen der Kapitalismus vollständig wiederhergestellt ist und wo die Arbeiterklasse durch die Diktatur der bürokratischen neuen Bourgeoisie brutal ausgebeutet und unterdrückt wird, zeigt andererseits, welche katastrophalen Folgen es für die Arbeiterklasse mit sich bringt, wenn die Führung der Partei und der Diktatur des Proletariats von irgendeiner revisionistischen Verräterclique an sich gerissen wird, die mit einem marxistischen Schleier getarnt hartnäckig darauf hinarbeitet, die ganze Partei zu entarten und so die Arbeiterklasse ihres revolutionären Führungsstabes zu berauben.

Die Ereignisse dieser letzten Jahrzehnte zeigen ebenfalls, welches Ende die revolutionären Bewegungen der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen finden, wenn sie nicht unter der Hegemonie des Proletariats und unter Führung seiner marxistisch-leninistischen Partei standen. In solchen Fällen wurde, unabhängig von den betrügerischen und illusionären „Theorien", die die Revisionisten über den „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" und den „Weg der sozialistischen Orientierung" verbreiten, den angeblich einige Länder verfolgen, in Wahrheit in keinem dieser Länder, ob in Europa, Afrika oder anderswo, die demokratische und antiimperialistische Revolution zu Ende geführt. In keinem dieser Länder handelt es sich um eine sozialistische Ordnung oder sozialistische Orientierung.

Fehlt die politische Partei mit einem klaren Programm, mit einer wissenschaftlichen Strategie und Taktik, bleibt der Kampf entweder auf halbem Weg, oder er erleidet eine Niederlage, hat Genosse Enver Hoxha in Zusammenhang mit der Hegemonie der Arbeiterklasse und der Rolle ihrer Partei gesagt, die nicht nur den Kampf für den Sozialismus, sondern auch den Kampf für die nationale Unabhängigkeit führen kann und muß. Das ist die historische Realität, die von niemandem, der auf korrektem proletarischem Klassenstandpunkt steht, geleugnet oder übersehen werden kann.

Doch die Revisionisten und alle Opportunisten leugnen heute wie auch in der Vergangenheit skrupellos die Rolle des Proletariats als Hegemon und die führende Rolle seiner politischen Partei in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus. Außerdem ist, besonders in der heutigen Situation, da sich, wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens sagte, die Welt in einer Phase befindet, in der die Sache der Revolution und der nationalen Befreiung der Völker nicht nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern auch ein Problem, das zur Lösung ansteht, die Leugnung der Rolle des Proletariats als Hegemon und der führenden Rolle seiner marxistisch-leninistischen Partei ein großer Verrat am Proletariat und an all denen, die unter der eisernen Ferse des Kapitals und unter imperialistischer Abhängigkeit leiden.

Es ist bekannt, daß die modernen Revisionisten als flammende Verteidiger der Bourgeoisie, als Kettenhunde der kapitalistischen Ordnung und als unmittelbare Saboteure der revolutionären Bewegung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen mit allerlei „Theorien" die historische Mission und die Rolle als Hegemon leugnen, die dem Proletariat in der heutigen Gesellschaft zukommt. Denn ebenso wie die Bourgeoisie haben sie Todesangst vor dem Proletariat. Denn sie alle sind dadurch in Angst und Schrecken versetzt, daß das Proletariat die einzige bis zuletzt revolutionäre Klasse und deswegen die einzige Klasse ist, die die Rolle als Hegemon in der sozialistischen Revolution spielen kann, durch die die Bourgeoisie gestürzt wird.

Und alle revisionistischen und bürgerlichen Theorien, — sowohl die, die offen die Rolle des Proletariats in der heutigen Gesellschaft, ja sogar seine Existenz leugnen, als auch die, die das Proletariat von Marx als ein mythologisches Wesen betrachten und behaupten, unter den heutigen Bedingungen könne nicht mehr von Proletariat, sondern müsse von arbeitender Klasse gesprochen werden, als auch die, die die Abgeschmacktheit verbreiten, am Sozialismus seien alle Klassen der heutigen Gesellschaft interessiert, den Kampf für den Sozialismus könnten auch andere nicht proletarische Klassen und gesellschaftliche Schichten, die nationale Bourgeoisie, die Kleinbourgeoisie, die fortschrittliche und patriotische Intelligenz usw. führen, — alle diese „Theorien" haben ein einziges Ziel: das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzuhalten, bürgerliche und kleinbürgerliche Vorurteile gegen die Revolution zu verbreiten, die Errichtung der Diktatur des Proletariats zu verhindern, durch die die Menschheit von allen dem verhaßten kapitalistischen System entspringenden Leiden und jedem Elend erlöst wird.

Deswegen ist das Aufgeben der Idee von der Hegemonie des Proletariats in der heutigen revolutionären Bewegung, wie Lenin gesagt hat, der vulgärste Ausdruck des Reformismus.

In unserer Epoche, die die Epoche des Untergangs des Imperialismus und des Triumphes des Sozialismus ist, unter den gegenwärtigen Bedingungen, da der Grundwiderspruch der kapitalistischen Gesellschaft, der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, sich wie alle anderen Widersprüche der heutigen Gesellschaft äußerst zuspitzt, ignorieren und leugnen alle Ansichten und Haltungen, die das Proletariat nicht als revolutionäre gesellschaftliche Haupttriebkraft behandeln, in Wahrheit die Rolle des Weltproletariats als Hegemon, leugnen sie das Recht des Proletariats, die proletarische Revolution durchzuführen, sind also ein Abgleiten auf die Positionen des Opportunismus.

Gegenwärtig beabsichtigen die Marxisten-Leninisten mit jeder ihrer Handlungen, der Revolution, der Sache der Freiheit und Unabhängigkeit der Völker, der Sache der Zerschlagung des Imperialismus, des Sozialimperialismus, der internationalen Bourgeoisie zu dienen. Doch die marxistisch-leninistischen Revolutionäre vergessen in keiner Situation, daß es ihr endgültiges Ziel ist, die sozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen, und daß dieses hohe Ziel, wie unsere großen Lehrmeister Marx, Engels, Lenin und Stalin lehren, nur durch die proletarische Revolution erreicht werden kann, deren revolutionäre Hauptkraft das Proletariat ist.

Die internationale Bourgeoisie und ihre revisionistischen Lakaien haben schon lange begriffen, daß die Kraft der Arbeiterklasse ihren Ursprung in ihrer starken Vorhut, der marxistisch-leninistischen Partei, hat. Deswegen richten sie die wütendsten Angriffe auf die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, deswegen ziehen die Revisionisten aller Länder aus dem revisionistischen Arsenal der Vergangenheit allerlei „Theorien" hervor oder fabrizieren neue, die darauf abzielen, das Proletariat ohne seine bewußte Vorhut in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus zu lassen.

Die einen, die Revisionisten der kapitalistischen Länder, die italienischen, französischen, spanischen oder andere Revisionisten, verbreiten die Idee von einer großen und allein demokratischen Partei, offen für alle und für jeden, von einer Partei, die den Weg der Klassenzusammenarbeit befolgt. Sie beten die bürgerliche Demokratie an und geben in ihrem Namen die große Lehre über die Diktatur des Proletariats auf. Sie sprechen vom „historischen Kompromiß", vom „politischen Pluralismus". Sie bieten also der Arbeiterklasse als Rettungsweg nicht den Weg des Kampfes gegen die Bourgeoisie an, sondern den Weg der Reformen, wodurch sie offen zu Propagandisten der Idee der Klassenversöhnung und -zusammenarbeit geworden sind, zu eifrigsten Verfechtern des bürgerlichen Reformismus, genau in dem historischen Augenblick, da der bürgerliche Reformismus in der ganzen Welt Bankrott erlitten hat. Die ehemals Kommunistischen Parteien dieser Länder wurden so aus Parteien der Faust zu Parteien der ausgestreckten Hand, d.h. aus Parteien der Revolution zu Parteien des Kompromisses, zu Werkzeugen des Kapitalismus.

Die anderen, die Revisonsten, die an der Macht sind, die sowjetischen, jugoslawischen und anderen Revisionisten, liquidieren die Partei der Arbeiterklasse mit ihren „Theorien" über die „Partei des ganzen Volkes", über die „Reduktion der führenden Rolle der Partei unter den Bedingungen des Sozialismus" auf einen „ideologischen Faktor" oder ein „Koordinationszentrum" usw. leugnen die marxistisch-leninistische Lehre über die Notwendigkeit der unteilbaren und führenden Rolle der proletarischen Partei in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau, sabotieren den Sozialismus und vernichten in Theorie und Praxis die Diktatur des Proletariats.

Alle modernen Revisionisten, ob an der Macht oder nicht, setzen außerdem alles daran, die Bedeutung der revolutionären Theorie, ohne die es keine revolutionäre Bewegung geben kann, zu leugnen. Sie predigen die Theorie der Spontaneität, die die Grundlage jeder Art Opportunismus ist, reden von der „Notwendigkeit des philosophischen Pluralismus" und der „Verschmelzung der proletarischen Ideologie" mit allerlei bürgerlichen, kleinbürgerlichen, klerikalen und anderen Strömungen — und all dies, um der Arbeiterklasse die Waffe zu rauben, die unabdingbar ist, um die Revolution aufzunehmen und zu Ende zu führen.

Die Leugnung der Rolle der Partei der Arbeiterklasse sowie ihrer revolutionären Theorie, in welcher Form sie auch erfolgt und unter welcher Maske sie auch getarnt wird, ist der schwerste Schlag, der der Arbeiterklasse versetzt werden kann, denn die Arbeiterklasse kann ihre geschichtliche Mission nur verwirklichen und ihre revolutionären Ideale nur erreichen unter der Führung einer politischen Partei, und zwar ihrer revolutionären Partei, die bewußte Trägerin der marxistisch-leninistischen Theorie ist.

Fortsetzung auf Seite 10

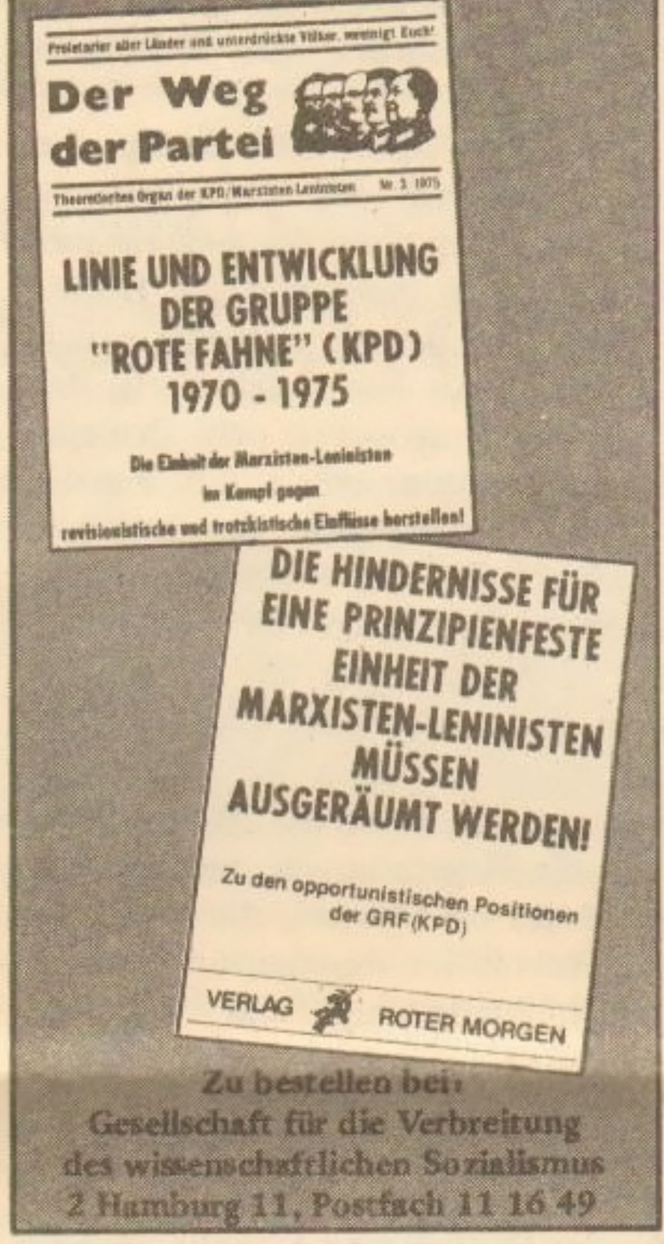
Offener Brief an das ZK der GRF (KPD)

Fast ein Jahr ist seit dem Abschluß der ersten Phase der Gespräche vergangen, die wir mit Euch über die „Einheit der Marxisten-Leninisten in der einen bolschewistischen Partei des Proletariats" führten. Mit der Rede des Genossen Ernst Aust in Westberlin Anfang Juli 1975 und entsprechenden Angeboten hatten wir die Initiative zu diesen Gesprächen ergriffen, die von November 1975 bis Mai 1976 stattfanden. Wir taten dies in dem aufrichtigen Streben, die Einheit der revolutionären Kräfte — wie es sie ja auch in Euren Reihen gibt — voranzutreiben. Wir taten dies, obwohl uns bekannt war:

- daß Ihr Eure Organisation nicht im Kampf gegen den modernen Revisionismus, sondern in spalterischer, zersetzender Absicht gegen den Marxismus-Leninismus, gegen unsere Partei gegründet hattet;
- daß Ihr anfangs (1971) sowohl die DDR als auch die Sowjetunion als „sozialistische Länder" bezeichnet und die KP Chinas wie auch die Partei der Arbeit Albaniens mit der Behauptung angegriffen habt, sie hätten den Kampf gegen den modernen Revisionismus nicht richtig geführt und es gäbe keine gemeinsame Generallinie der kommunistischen Parteien der Welt;
- daß Ihr ab 1972 versuchtet, gemeinsam mit einem buntscheckigen Haufen verschiedenster Agenten und Provokateure wie der italienischen Gruppe „Servire il Populo" (vormals „Unione", heute als „italienische Sex-Partei" bekannt), der belgischen „AMADA", der französischen „Front Rouge" sowie dem damals führend tätigen Konterrevolutionär Eduinho Vilar gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung eine halbtrotzkistische-halbrevisionistische „Internationale Viereinhalb" aus der Taufe zu heben;
- daß Ihr Euch nach dem Zusammenbruch dieser Spalterinternationale nicht scheutet, den Versuch zu unternehmen, im Kampf gegen den „Tiranablock" — wie Ihr die marxistisch-leninistischen Parteien Europas zu nennen pflegtet — die Partei der Arbeit Albaniens gegenüber der KP Chinas zu verleumden, wie Ihr versuchtet zwischen diese beiden Parteien sowie zwischen die KP Chinas und uns einen Keil zu treiben.

Obwohl uns dies bekannt war, in der Hoffnung Euch von Eurer antimarxistisch-leninistischen Spaltertätigkeit abzubringen, ergriffen wir die Initiative zu den Gesprächen. Denn Ihr hattet nach jahrelangem ideologischen Kampf unsererseits bestimmte Fehler zugegeben, die Leugnung der Existenz der beiden imperialistischen Supermächte aufgegeben und akzeptiertet (nach dem Besuch Eurer Verlagsdelegation in der VR China) die Notwendigkeit, gegen diese Hauptkriegstreiber und größten Feinde der Freiheit, der Revolution und des Sozialismus auf der Welt eine starke Einheitsfront zu schmieden. Ihr übernahmt diese richtigen Auffassungen, die Ihr zuvor als „unmaterialistische Analyse der chinesischen Genossen", als „plakative Übernahme chinesischer und albanischer Losungen" unsererseits usw. bezeichnet hattet.

Unsere Partei übersah aber nicht, daß Ihr schon bald nach Beginn der Gespräche Eure prinzipienlosen Angriffe gegen unsere Partei, Eure persönliche Verleumdung und Diffamierung ihrer führenden Genossen fortsetztet und darüber hinaus seit dem Frühjahr 1975 in Eurer Politik immer stärkere sozialchauvinistische Abweichungen, Tendenzen zur Blockbildung mit der westdeutschen Monopolbourgeoisie und Kapitulantentum vor dem USA-Imperialismus zutage traten. Wir haben dagegen einen unermüdlichen ideologischen Kampf im „Roten Morgen", in verschiedenen Broschüren und Erklärungen sowie in zahlreichen Diskussionsveranstaltungen geführt. Unsere Hoffnung jedoch, Euch dadurch von dem eingeschlagenen revisionistischen Weg wieder abzubringen und Euch zur Umkehr zu bewegen, erfüllten sich nicht.



Euer hartnäckiges Festhalten an den sozialchauvinistischen Abweichungen und die Beantwortung unserer Kritiken durch unsachliche, prinzipienlose Polemiken führte zunächst zur Unterbrechung der Gespräche, Wir empfahlen Euch damals, eine Denkpause einzulegen, um Eure opportunistischen Positionen und Aktivitäten erst einmal selbstkritisch zu überdenken, bevor eine Fortsetzung der Gespräche in Erwägung gezogen werden könne. Ihr habt diese Gelegenheit zur Umkehr nicht genutzt, sondern Eure Abweichungen zu einem sozialchauvinistischen, revisionistischen Programm, zu einer durch und durch konterrevolutionären Linie „weiterentwickelt", die voll und ganz zur Grundlage Eurer Politik geworden ist. Sie ist im wesentlichen gekennzeichnet durch:

- das Aufgeben der sozialistischen Revolution als dem anzustrebenden strategischen Ziel der gegenwärtigen Etappe unter dem Deckmantel des sicher notwendigen Kampfes für die nationale Unabhängigkeit und des Kampfes gegen die Kriegsgefahr;
- die Aussöhnung und Blockbildung mit der westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie und der neuen ostdeutschen Bourgeoisie, das Bündnis mit ihnen bis hin zur Vereinigung;
- das Ablenken von der Aufgabe der Vorbereitung zur Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates, die Leugnung des Klassencharakters der bürgerlich-imperialistischen Armee, dem Verrat an den grundlegenden Interessen des Proletariats, dem revolutionären Klassenkampf gegen den imperialistischen Staatsapparat;
- die vollständige Kapitulation vor dem USA-Imperialismus, die Einstellung des Kampfes gegen ihn, die Einstellung des Kampfes gegen die Besetzung Westdeutschlands durch amerikanische Truppen, die Unterstützung seiner aggressiven imperialistischen Ambitionen.

Das Wesen dieser Linie, ihre ideologischen Wurzeln und ihre politischen Folgen hat unsere Partei in zahlreichen Veröffentlichungen ausführlich entlarvt und ihren revisionistischen, gegen die Revolution und den Marxismus-Leninismus gerichteten Charakter aufgedeckt. Sie hat bewiesen, daß es sich nicht um einzelne Fehler oder eine falsche Linie einer in der Hauptseite noch revolutionären Organisation handelt, sondern um ein revisionistisches konterrevolutionäres Programm, das die Grundlage Eurer Organisation und ihrer Tätigkeit bildet, einer Tätigkeit, die unter anderem darauf gerichtet ist, international eine gegen die marxistisch-leninistische Weltbewegung gerichtete konterrevolutionäre Spalterbewegung zu organisieren.

Aus dieser Einschätzung ergibt sich:

1. daß zumindest seitens der Führung der GRF(KPD) niemals die aufrichtige Bereitschaft zur Herstellung der Einheit auf marxistisch-leninistischer Grundlage in der einen bolschewistischen Partei des Proletariats bestanden hat, sondern daß die begonnenen Gespräche lediglich als taktische Maßnahmen zur Beruhigung ihrer Mitglieder, die ehrlich die Einheit wollten, betrachtet wurde, daß sie dem untauglichen Versuch dienen sollten, die Spaltung auch in die Reihen unserer Partei zu tragen. Damit sind die Führer der GRF — trotz ihres Einheitsgeschreis — ihrer ihnen von der Bourgeoisie zugedachten Rolle als berufsmäßige Spalter der marxistisch-leninistischen, der revolutionären Bewegung treu geblieben. Damit hat sich erneut der Satz des Genossen Engels bewahrheitet, daß „die größten Sektierer und die größten Krakeeler und Schurken in gewissen Momenten die größten Einigungsschreier" sind.

2. Die Führung der GRF(KPD) hat durch die Ausarbeitung und Vervollkommnung ihrer revisionistischen, konterrevolutionären Linie praktisch die Gespräche abgebrochen. Da es sich hier nicht um taktische Fragen, um Widersprüche im Volk, sondern um solche zwischen uns und dem Klassenfeind (bzw. seinen Agenten) handelt, wäre die Fortsetzung der Gespräche ohne Sinn. Das heißt jedoch nicht, daß die KPD/ML auch nur einen Moment den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten einstellen oder geringschätzen würde. Im Gegenteil, wir wenden uns in diesem Offenen Brief nicht nur an das ZK, sondern an alle Mitglieder und Sympathisanten der GRF(KPD). Wir sind sicher, daß man die ehrlichen Revolutionäre in Euren Reihen zwar eine zeitlang, aber — vor allem, wenn sie sich mit den bestehenden Widersprüchen ernsthaft befassen — nicht auf die Dauer irreführen und täuschen kann. Folgt den Hunderten Eurer Genossen, die durch den schonungslosen ideologischen und politischen Kampf unserer Partei die sozialchauvinistische, revisionistische Linie Eurer Organisation erkannten und heute in den Reihen der KPD/ML und ihrer Organisationen kämpfen.

3. Unsere Partei hält an der Auffassung fest, daß der moderne Revisionismus nach wie vor der Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung ist, den allseitig und kompromißlos zu bekämpfen und zu isolieren eine grundlegende Voraussetzung für den Sieg der sozialistischen Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats ist. Der Kampf gegen andere opportunistische, revisionistische Strömungen wie Ihr sie vertretet, steht dazu keineswegs im Widerspruch. Denn mit der Entwicklung eurer klassenkapitulanten, sozialchauvinistischen Linie seid Ihr direkte Zutreiber und Wasserträger des modernen Revisionismus in der revolutionären Bewegung geworden, deren Entlarvung als Kapitulanten, Streikbrecher und Agenten der Bourgeoisie für die Einheit und den Kampf der Marxisten-Leninisten unerläßlich ist.

4. Was die Frage einer möglichen Aktionseinheit betrifft, so gehen wir davon aus, daß eine solche Einheit dazu dienen sollte, die revolutionären Kräfte zusammenzufassen, zu konzentrieren und sie damit zu stärken. Unter diesem Gesichtspunkt halten wir eine Aktionseinheit mit Eurer Organisation zum diesjährigen 1. Mai für sinnlos und gefährlich, da sie den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse nicht stärkt, sondern schwächt. Wir sind weder bereit, entsprechend der an sich richtigen Forderung nach Freiheit der Agitation und Propaganda Eure sozialchauvinistischen Losungen auf den Roten 1. Mai-Demonstrationen zu dulden, noch Eurer Organisation durch unsere Teilnahme eine nicht vorhandene Stärke und revolutionären Charakter zu verleihen.

Zentralkomitee der KPD/ML

Die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei - entscheidende Bedingung für den Sieg der Revolution und den Aufbau des Sozialismus

Fortsetzung von Seite 9

Daher sind alle „Theorien" und Praktiken, die sich gegen die unteilbare und führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei in der Revolution und in der ganzen historischen Periode der Diktatur des Proletariats oder gegen den Klassencharakter der proletarischen Partei richten, ein Beweis für den Verrat der modernen Revisionisten an der Sache des Proletariats, denn sie zielen darauf ab, die Arbeiterklasse zugunsten der Bourgeoisie ideologisch und organisatorisch zu entwaffnen, sie unbewaffnet zu lassen angesichts des wilden Angriffs des Feindes, der hervorragend organisiert und bis an die Zähne bewaffnet, einen wütenden Kampf führt gegen die Revolution und den Sozialismus, gegen die Arbeiterklasse und alle revolutionären Völker der Welt.

Als revolutionäre Partei hat die Partei der Arbeit Albaniens stets treu an den Positionen des Marxismus-Leninismus festgehalten und alle „Theorien" der Revisionisten und aller bürgerlichen Ideologen, die die führende und unteilbare Rolle der proletarischen Partei leugnen, mit Abscheu zurückgewiesen und gründlich entlarvt. Sie hat den realen opportunistischen und konterrevolutionären Inhalt der „Theorie" über den „politischen Pluralismus" nachdrücklich entlarvt, denn diese „Theorie" zielt darauf ab, dort, wo die Arbeiterklasse nicht an der Macht ist, die Revolution zu untergraben und die Herrschaft der Bourgeoisie zu verewigen, und in den Ländern, wo der Sozialismus triumphiert hat, den Kapitalismus wiederherzustellen.

Die Situation heute in der Welt gleicht der, als Lenin den Parteien der Arbeiterklasse die Aufgabe stellte, daß dem Proletariat aufgezeigt werden muß, wie es mit konkreten Maßnahmen die Revolution vorantreiben kann. Gegenwärtig können diese revolutionäre Aufgabe nur die marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien vollbringen, die die Massen des Proletariats lehren, ihre wirklichen politischen Interessen zu erkennen und für die Revolution und den Sozialismus zu kämpfen, die den Massen die unerläßliche dringende Notwendigkeit aufzeigen, mit dem Revisionismus und Opportunismus zu brechen und sich vom Einfluß aller ideologischen Strömungen und organisatorischen Formen freizumachen, die unter Leitung und zugunsten der Bourgeoisie wirken und die ferner unter den Massen des Proletariats und seinen engsten Verbündeten den revolutionären Geist wecken.

Diese ehrenvolle Aufgabe haben heute die marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien übernommen und führen sie durch, die in den kapitalistischen Ländern tätig sind und sich das Ziel gesteckt haben, das Proletariat dazu zu befähigen, daß es seine große geschichtliche Mission vollbringen kann. Sie setzen sich dafür ein, das sozialistische Bewußtsein in das Proletariat zu tragen, ihm die geschichtliche Bedeutung der proletarischen Revolution klarzumachen und zu zeigen, wer seine Freunde und wer seine Feinde sind, mit wem man sich zusammenschließen und wen man bekämpfen muß, und sie legen großes Gewicht darauf, den bewaffneten Aufstand zum Sturz der Bourgeoisie vorzubereiten.

Die große Sache des Kommunismus verlangt, daß die Einheit der Marxisten-Leninisten in nationalen und internationalen Maßstab immer mehr gefestigt wird. Diesem Ziel dient nicht die Zersplitterung der Marxisten-Leninisten, nicht ihre Organisierung in verschiedenen Gruppen und Abteilungen. Die Partei der Arbeit Albaniens hält an der Ansicht fest, daß es in jedem Land nur eine wirklich revolutionäre Partei der Arbeiterklasse geben kann, denn die Interessen der Arbeiterklasse in einem jeden Land sind ein und dieselben, und ihre Ideologie, der Marxismus-Leninismus, ist ein und dieselbe.

Wirkliche Partei der Arbeiterklasse ist heute nur die Partei, die konsequent die revolutionäre Ideologie des Proletariats anwendet, die sich entschieden allen bürgerlichen und revisionistischen Parteien entgegenstellt, die eine proletarische Klassenpolitik verfolgt, die das Proletariat mutig zu Klassenschlachten mobilisiert, die es auf die entscheidende Schlacht, den Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und die Errichtung der Diktatur des Proletariats vorbereitet, die sich bemüht, in diesen rettenden Kampf alle Schichten der ausgebeuteten werktätigen Bevölkerung einzubeziehen, soweit sie sich dem Standpunkt des Proletariats anschließen. Nur eine solche Partei kann der revolutionäre Kampfstab der Arbeiterklasse sein und sie zur Verwirklichung ihrer revolutionären Bestrebungen und Ideale führen.

Zweifellos stehen dem Weltproletariat noch langwierige und harte Schlachten bevor. Doch die marxistisch-leninistischen Revolutionäre sind der Ansicht, wie der große Lehrmeister des Proletariats Lenin gesagt hat, daß es in dieser Schlacht gilt, alle Kräfte zusammenzunehmen. Ihre Schwierigkeiten sind groß, aber groß ist auch die Sache der Beseitigung der Ausbeutung und Unterdrückung, für die wir kämpfen. Und die Marxisten-Leninisten sind sich über die Perspektive im klaren und haben die unerschütterliche Überzeugung, daß unabhängig von den Windungen und Wendungen der Revolution und ihrer vorübergehenden Schwierigkeiten und Rückschlägen, gleichgültig wie groß die Wellen der Konterrevolution sein mögen, der endgültige Sieg dem Proletariat gehören wird, daß die Zukunft der Menschheit der Kommunismus ist. (Radio-Tirana-Sendung)

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Kambodscha zwei Jahre befreit

Vor zwei Jahren, am 17. April 1975, hißten die revolutionären Streitkräfte des kambodschanischen Volkes in Phnom Penh, der Hauptstadt ihres Vaterlandes, die Fahne der Befreiung. Nach fünfjährigem heroischem Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus, gegen Tausende amerikanischer Soldaten, Panzer und Bomber, gegen die faschistische Lon-Nol-Clique und ihre Marionettenarmee hatte das kambodschanische Volk den Sieg im Volkskrieg errungen und seine Heimat befreit. Kurze Zeit darauf versetzte das vietnamesische Volk dem amerikanischen Imperialismus einen weiteren schweren Schlag, als es Südvietnam befreite. Und auch aus Laos wurden die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien wenig später vertrieben.

Der Sieg der Völker von Kambodscha, Laos und Vietnam war ein welthistorischer Sieg. Trotz ihrer großen Macht, ihres Reichtums, trotz des Einsatzes der modernsten und barbarischsten Waffen wurden die amerikanischen Imperialisten vernichtend geschlagen. Und zugleich erhielt der sowjetische Sozialimperialismus, der in all den Jahren des Kampfes versucht hatte, die Völker einzuschüchtern, der Intrigen und Komplotte gegen sie geschmiedet hatte, der sich einmischte, um den Befreiungskampf der Völker Indochinas für seine eigenen imperialistischen Ziele auszunutzen, eine Abfuhr. Als die revolutionären Streitkräfte des kambodschanischen Volkes in Phnom Penh einzogen, trafen sie auch auf die sowjetischen Diplomaten, die bis zu diesem Zeitpunkt die Beziehungen zu der faschistischen Clique um Lon Nol aufrechterhalten hatten und jagten sie hinaus.

Der Sieg des kambodschanischen Volkes wurde auf dem Schlachtfeld, mit dem Gewehr in der Hand errungen. Ohne zu zögern, wie ein Mann erhob sich das kambodschanische Volk im März 1970 gegen die faschistischen Putschisten und die amerikanischen Aggressoren gegen einen scheinbar übermächtigen Feind. **Durch seinen Kampf und seinen Sieg bewies es jedoch, wie die anderen Völker Indochinas auch, daß das Volk eines kleinen Landes, wenn es entschlossen ist, bis zuletzt zu kämpfen und keine Opfer scheut, wenn es daran festhält, daß der Sieg nur mit dem Gewehr in der Hand errungen werden kann, auch eine imperialistische Supermacht besiegen kann. Für alle von den Imperialisten unterdrückten und unterjochten Völker war deshalb der Sieg der Völker Indochinas ein großes anspornendes Beispiel.**

Mit der Befreiung vom Joch des amerikanischen Imperialismus wurde das kambodschanische Volk zum ersten Mal in seiner Geschichte Herr seiner eigenen Geschicke. „In Anbetracht der entscheidenden Rolle, die das Volk, insbesondere die Arbeiter, die armen und mittleren Bauern sowie die anderen werktätigen Schichten in Stadt und Land ... gespielt haben", heißt es in der neuen Verfassung, die sich das kambodschanische Volk im Januar 1976 gab, wird eine Gesellschaft aufgebaut, „in der Glück, Gleichheit, Gerechtigkeit und wahre Demokratie herrschen, in der es weder arm noch reich, weder ausbeutende noch ausgebeutete Klassen gibt". Mit diesem Ziel vor Augen ging das kambodschanische Volk im Vertrauen auf die eigenen Kräfte voll revolutionären Elan an den Wiederaufbau des Landes. Unermeßliche Schäden hatte der amerikanische Imperialismus in Kambodscha hinterlassen. Das Land war praktisch verwüstet, Hunderttausende von Menschen waren getötet, Millionen hatten ihre ganze persönliche Habe verloren. Trotzdem gelang es dem kambodschanischen Volk in nur acht Monaten, das Ernährungsproblem vollständig zu lösen, die Verbindungswege wieder für den Verkehr zu öffnen und die meisten Fabriken wieder in Gang zu setzen. An allen Fronten des wirtschaftlichen Aufbaus erringt das kambodschanische Volk seither immer neue Erfolge.

Selbstverständlich haben die Imperialisten mit den amerikanischen an der Spitze auch nach ihrer Niederlage alles versucht, um dem Volk die Früchte des Sieges wieder zu entreißen. Sie schickten Spionageschiffe wie die berüchtigte „Mayaguez" vor die Küsten des Landes und bombardierten mehrmals Inseln und Dörfer. Sie versuchten sogar, im Land selbst Banden zu organisieren und stifteten die thailändischen Reaktionäre immer wieder zu Grenzprovokationen an. Aber alle diese Komplotte scheiterten an der revolutionären Wachsamkeit des kambodschanischen Volkes.

Die Imperialisten organisierten eine wüste Hetz- und Verleumdungskampagne gegen das Demokratische Kambodscha, die bis heute nicht beendet ist. Angeblichen „Augenzeugen" wurden die Spalten der Presse geöffnet, damit sie ihre Greuelmärchen auftischen konnten und eine Lüge nach der anderen wurde in den imperialistischen Propagandazentralen fabriziert. So versuchten sie aus schwarz weiß zu machen und vor den Völkern die Wahrheit über Kambodscha zu verbergen. So versuchten sie, Druck auf das kambodschanische Volk auszuüben, damit es seine Grenzen den als Journalisten getarnten Spionen, den Handelsherren und imperialistischen Diplomaten öffne. Zuletzt hatten sie sogar die Unverschämtheit, die Einreise einer Delegation der USA nach Kambodscha zu verlangen, „um nach gefallenen amerikanischen Soldaten zu forschen". Das kambodschanische Volk hat jedoch allen diesen Machenschaften die richtige Antwort erteilt, indem es erklärte, daß es den Imperialisten nicht gestattet, auch nur einen Fuß in die Tür zu setzen.

Das kambodschanische Volk sucht und findet dagegen die Freundschaft aller revolutionären Völker der Welt, die ihm am 2. Jahrestag seiner Befreiung neue Erfolge auf seinem Weg in eine glückliche Zukunft wünschen.

Dominikanische Republik

Machtvolle Kämpfe der Studenten

In den vergangenen Wochen haben die Studenten an den Universitäten und Hochschulen der Dominikanischen Republik zahlreiche Streiks und machtvolle Demonstrationen durchgeführt, um eine Erhöhung der Geldmittel für die Universitäten durchzusetzen. Zentrum der Kämpfe war die „Autonome Universität" der Hauptstadt Santo Domingo.

Um die Streiks und Demonstrationen der Studenten zu unterdrücken, ließ das Regime des Diktators Joaquin Balaguer die Armee und die Polizei aufmarschieren. Am 11. März umzingelten Einheiten der Infanterie und Spezialtruppen der Polizei die Universität von Santo Domingo und stürmten sie schließlich. Seitdem ist die Universität militärisch besetzt. Gleichzeitig verfügte die Regierung die Schließung mehrerer Universitäten und Hochschulen im ganzen Land.

Die Armee und die Polizei gingen mit großer Brutalität gegen die kämpfenden Studenten vor. In Santo Domingo eröffneten sie sogar das Feuer auf die Studenten und verwundeten fünf von ihnen. Über 1.000 Studenten wurden verhaftet, darunter zahlreiche Führer der Studentenorganisationen. Trotz des brutalen Terrors sind die Studenten, die von allen revolutionären, patriotischen und fortschrittlichen Kräften des Landes unterstützt werden, entschlossen, den Kampf für ihre gerechten Forderungen fortzusetzen. Sie fordern den sofortigen Rückzug der Truppen aus der Universität von Santo Domingo, die Freilassung aller inhaftierten Studenten und insbesondere der Studentenführer sowie die Erhöhung des Budgets für die Universitäten und Hochschulen. Die Kämpfe der Studenten in der Dominikanischen Republik sind ein Zeichen für die wachsende Unzufriedenheit und Empörung der breiten Massen des Volkes über das Regime Balaguer. Dieses Regime steht vollständig in den Diensten des amerikanischen Imperialismus und repräsentiert die reaktionärsten Kreise des Landes.



NACE BANDERA PROLETARIA

Seitdem 1965 40.000 amerikanische „Marines" den Aufstand des dominikanischen Volkes gegen seine Ausbeuter und Unterdrücker blutig niederschlugen, ist das Land praktisch eine Kolonie des amerikanischen Imperialismus. Die amerikanischen Monopole haben die Insel zu einer riesigen Zuckerplantage unter ihrer Kontrolle gemacht und plündern die reichen Bodenschätze an Nickel, Eisenerz und Kupfer. Deshalb hat sich in den letzten Jahren der Kampf des Volkes der Dominikanischen Republik gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien, das Regime Balaguer, immer mehr verstärkt. Damit dieser Kampf eine marxistisch-leninistische Führung erhält, haben sich die Marxisten-Leninisten der Dominikanischen Republik in der letzten Zeit immer mehr zusammengeschlossen und den Ausschuß zur Gründung der „Partei der Dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten" und eine gemeinsame Zeitung, „Bandera Proletaria", gegründet.

Aus aller Welt

Grußadresse des ZK der PAA an den 2. Parteitag der PCP(R)

Aus Anlaß des 2. Parteitages sandte das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Portugals (Wiederaufgebaut) ein Telegramm, in dem es heißt:

„Das Zentralkomitee der Partei der Arbeit Albaniens erfuhr erfreut, daß der 2. Parteitag Eurer Partei abgehalten wird. Den Gefühlen der albanischen Kommunisten und Werktätigen Ausdruck verleihend, entbietet das Zentralkomitee unserer Partei Euch aus diesem Anlaß flammende revolutionäre Grüße. Wir bekunden die Zuversicht, daß der 2. Parteitag unserer portugiesischen kommunistischen Bruderpartei (Wiederaufgebaut) im Licht der unsterblichen Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin von vollem Erfolg gekrönt sein wird. Seine Beschlüsse werden den revolutionären Kampf Eurer Partei zur Verteidigung der Lebensinteressen der portugiesischen Arbeiterklasse und der portugiesischen Werktätigen gegen die faschistische Gefahr im Land, gegen die Ausbeutung und Unterdrückung durch das Kapital und den USA-Imperialismus für den gesellschaftlichen Fortschritt und den Sozialismus in Portugal vorantreiben.

Das tapfere und patriotische portugiesische Volk mit einer alten Geschichte von Kämpfen und Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit, auch unter den Bedingungen der Herrschaft der brutalen faschistischen Salazar-Diktatur, hat den Kampf für die gesellschaftliche Befreiung gegen die faschistische Ausbeutung und Unterdrückung und die durch die Bourgeoisie des Landes niemals eingestellt. Der entschlossene Kampf des portugiesischen Volkes stürzte die faschistische Diktatur, aber die revisionistische Cunhal-Partei, Lakai des sowjetischen Sozialimperialismus und Handlanger der Bourgeoisie des Landes, bemüht sich, mit ihrer verräterischen und Streikbrechertätigkeit die portugiesischen werktätigen Massen vom Weg der Revolution abzubringen.

Die Gründung der Portugiesischen Kommunistischen Partei (Wiederaufgebaut) bedeutet einen Wendepunkt in der Geschichte der revolutionären Kämpfe des portugiesischen Volkes. Die portugiesische Arbeiterklasse hat jetzt ihre marxistisch-leninistische Vorhutpartei und im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft und den übrigen ausgebeuteten Massen kämpft sie, um die Sache der volksdemokratischen Revolution voranzutreiben. Sie marschiert entschlossen dem Ziel ihres höchsten Ideals, dem Sozialismus und Kommunismus, entgegen.

Die Gründung Eurer Partei ist ein bedeutender Sieg der Marxisten-Leninisten über den modernen Revisionismus und andere Feinde der Interessen der Arbeiterklasse. Die Organisierung und Einheit der wirklichen Marxisten-Leninisten um die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut) und die Entlarvung des Verrats der modernen Revisionisten, der Trotzkisten und aller verschiedenen Opportunisten ist ein Sieg nicht nur für die portugiesische Arbeiterklasse, sondern auch für die Revolution in der Welt. Von der Partei im Geist des proletarischen Internationalismus erzogen, verfolgen die albanischen Kommunisten und Werktätigen Euren Kampf mit besonderem Interesse. Sie betrachten Eure Siege als ihre Siege."

„Unsere beiden gleichberechtigten Bruderparteien", heißt es weiter in dem Telegramm, „lernen von einander und helfen sich gegenseitig, kämpfen Schulter an Schulter auf der gleichen Barrikade des Klassenkampfes gegen die Aggressions- und Hegemoniepolitik der beiden Supermächte, des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus, die den Hauptfeind des Sozialismus, der Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, die größte Kraft zur Verteidigung der Ausbeuter- und Unterdrückersysteme und die unmittelbare Gefahr darstellen, die die Menschheit in einen 3. Weltkrieg zu stürzen droht."

AZANIA/SIMBABWE

Vorster, der Chef des rassistischen Regimes in Südafrika, ist vor kurzem mit dem Chef der rhodesischen Rassisten, Smith, zusammengetroffen. Das neueste Treffen der beiden Rassistenchefs, das zweite innerhalb kurzer Zeit, ist Bestandteil der von den Rassisten gegen die Völker Simbabwes, Azanias und Namibias angezettelten Komplotte. Die Rassistenchefs versuchen alles, um ihre Herrschaft zu verewigen und den Kampf der südafrikanischen Völker für Freiheit und Unabhängigkeit zu unterhöhlen. In diesem Rahmen verstärken die Rassisten auch ihren Terror gegen die Befreiungsbewegung. So haben die rhodesischen Rassisten in den letzten Tagen erneut drei Befreiungskämpfer zum Tode verurteilt. Doch die Terroraktionen der Rassisten können den Kampf der Völker nicht aufhalten. Am 28. März zogen erneut Tausende von Jugendlichen durch die Straßen der Stadt Soweto, um gegen das barbarische Regime zu protestieren. Um die Demonstranten auseinanderzutreiben, setzte das Regime Truppen ein. Zwischen ihnen und den Demonstranten kam es zu heftigen Zusammenstößen. Dabei nahm die rassistische Polizei 37 Personen fest.

OSTTIMOR

Der bewaffnete Kampf des Volkes von Osttimor gegen die Besetzung des Landes durch die faschistischen Truppen des Regimes in Djakarta verstärkt und erweitert sich. Anfang des Monats befreiten die Streitkräfte von Osttimor eine weitere Stadt an der Nordküste. Wie der Sender der Demokratischen Republik Osttimor in einer Sendung vom 14. März bekanntgegeben hat, finden in mehreren Gegenden des Landes heftige Kämpfe gegen die Aggressoren statt. In diesen Kämpfen gelang es den Befreiungsstreitkräften, über 120 feindliche Soldaten zu töten.

NORDIRLAND

Die nordirischen Patrioten setzen ihre Aktionen gegen die militärischen Objekte der britischen Besatzer und ihrer nordirischen Lakaien weiter fort. Am 29. März beschoß ein Verband der nordirischen Patrioten in den frühen Morgenstunden ein Polizeifahrzeug. Zwei britische Soldaten wurden dabei schwer verwundet. In Cookstown und Armagh verletzten die Patrioten drei Kollaborateure der britischen Besatzungstruppen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

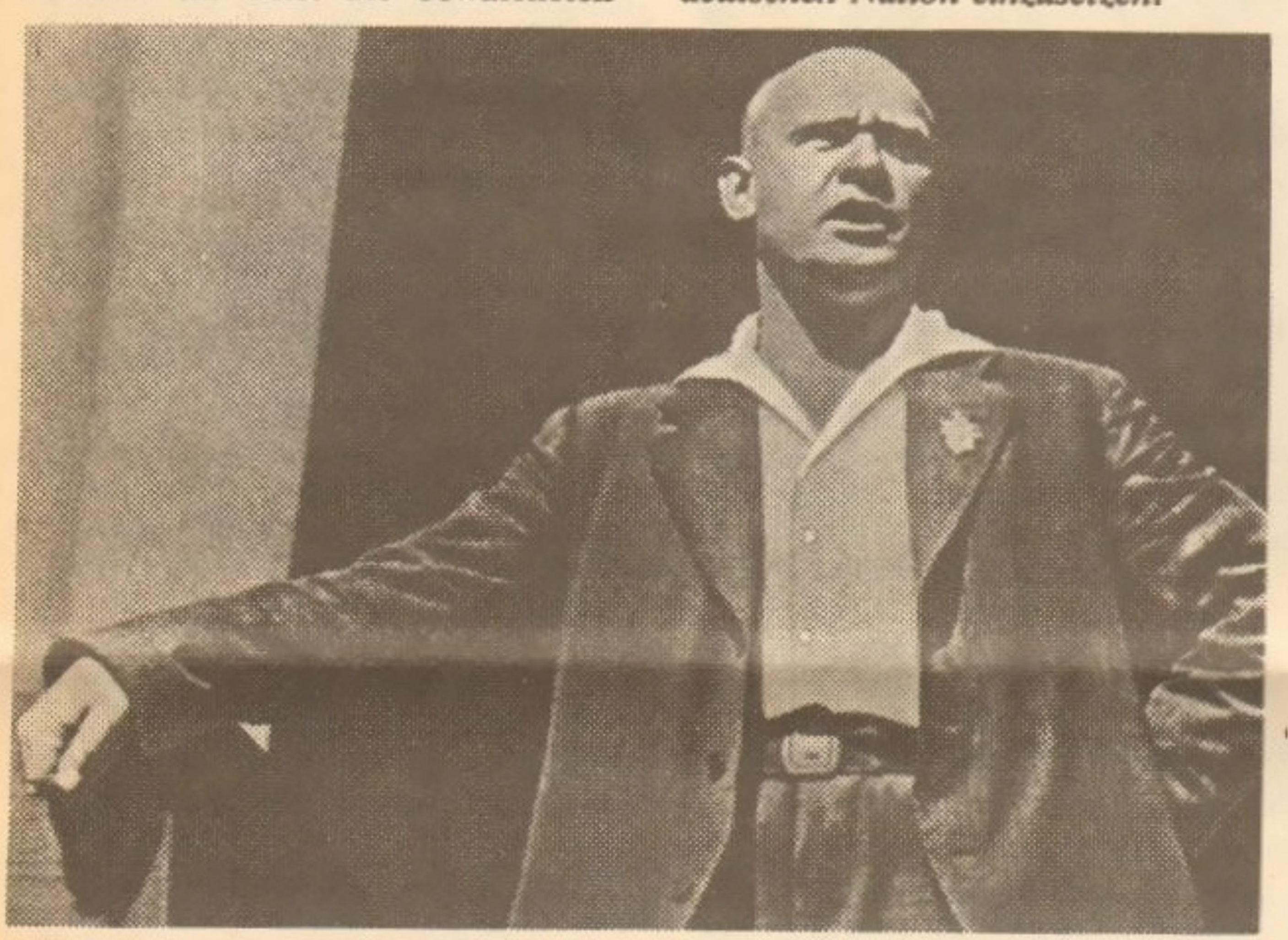


16. April

91. Geburtstag Ernst Thälmanns

Vor 91 Jahren, am 16. April 1886 wurde in Hamburg Ernst Thälmann, der große Sohn der deutschen Arbeiterklasse und ruhmreiche Führer der Kommunistischen Partei Deutschlands, geboren. Sein Name wird in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung immer eine hervorragende Rolle einnehmen.

Ernst Thälmann trug als erster deutscher Arbeiterführer unermüdlich und systematisch die Lehren Lenins und Stalins in die deutsche Arbeiterklasse und das deutsche Volk. Unter seiner Führung wurde die KPD nach dem Vorbild der KPdSU (B) Lenins und Stalins bolschewisiert und verankerte sich tiefer und tiefer unter den Massen; sie wurde zu einem Kampfstab, der Millionen und Abermillionen Arbeiter und andere Werktätige im Kampf gegen Imperialismus und Militarismus, gegen Faschismus und Krieg führte. Unerbittlich bekämpfte Ernst Thälmann dabei zugleich den Reformismus und Sozialchauvinismus der Sozialdemokratie sowie rechte und ultralinke Abweichungen in der Partei. Sein ganzes Handeln galt der Erziehung der Arbeiterklasse im Geist des bewaffneten



Aufstandes des Proletariats, dem Kampf für die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus.

Dabei waren es so hervorragende Eigenschaften wie Aufrichtigkeit, war es seine Gradlinigkeit, seine Unbeugsamkeit und sein großer Kampfesmut, die ihn unter den Hamburger Hafenarbeitern ebenso wie unter den Bergarbeitern des Ruhrgebiets oder in den Berliner Arbeitervierteln beliebt machten. Sein leidenschaftlicher Patriotismus, seine unwandelbare Liebe zu seiner Klasse und seinem Volk finden ihren Ausdruck in den unvergeßlichen Worten, die Ernst Thälmann ein halbes Jahr vor seiner Ermordung durch die Schergen des Hitlerfaschismus aus dem Kerker schrieb:

„Mein Volk, dem ich angehöre und das ich liebe, ist das deutsche Volk, und meine Nation, die ich mit großen Stolz verehre, ist die deutsche Nation, eine ritterliche, stolze und harte Nation. Ich bin Blut vom Blute und Fleisch vom Fleische der deutschen Arbeiter und bin deshalb als ihr revolutionäres Kind später ihr revolutionärer Führer geworden. Mein Leben und Wirken kannte und kennt nur eines: Für das schaffende deutsche Volk meinen Geist und mein Wissen, meine Erfahrungen und meine Tatkraft, ja mein Ganzes, die Persönlichkeit, zum Besten der deutschen Zukunft für den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation einzusetzen."

„Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns — für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!" — unter dieser Parole hat 1968 die KPD/ML im Kampf gegen die modernen Revisionisten in Ost und West, die den Namen Thälmanns für ihren Verrat am Marxismus-Leninismus und am Kampf des Proletariats zu mißbrauchen suchten, das Banner Thälmanns aufgenommen und trägt es seitdem in West- wie in Ostdeutschland voran für die Errichtung der Diktatur des Proletariats in ganz Deutschland, für *„den siegreichen sozialistischen Freiheitskampf im neuen Völkerfrühling der deutschen Nation"*.

Massensturz im Volksparkstadion

15 jähriger Junge getötet

Am Freitagabend, kurz vor Beginn des Bundesliga-Spiels zwischen dem Hamburger SV und Bayern München kam es in der Westkurve des Hamburger Volksparkstadions zu einem schweren Zuschauerunglück: Eine Gruppe von 100 Zuschauern stürzte lawinenartig die Stehplatz-Ränge in der Kurve hinunter. Dabei wurde der 15jährige Rainer Hoppe zu Tode gedrückt und 15 weitere Zuschauer mußten verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.



Die Westkurve im Hamburger Volksparkstadion

Viele Zuschauer, die in der Westkurve einen Stammplatz haben, erklärten, daß sie ein solches Unglück schon lange haben kommen sehen. Zum einen bestehen zwischen den Stehplatztraversen keine Geländer, die einen solchen Sturz verhindern könnten, zum anderen aber sind die Eingänge so gebaut, daß man von den oberen Rängen aus ins Stadion gelangt, so daß bei Gedrängel zu Spielbeginn, sobald einige Zuschauer ins Stolpern geraten, es notwendigerweise zu Massenstürzen kommen muß.

Der Stadt Hamburg, der das Volksparkstadion gehört, waren diese baulichen Mängel schon lange bekannt. Doch da die Umbauten ihr zu teuer waren, haben die Behörden wissentlich in Kauf genommen, daß es zu Unglücken kommen kann. Nicht zuletzt trifft die Verantwortung jedoch auch den HSV-Vorstand, der die Stehplatzkurve stets so dicht wie möglich mit Zuschauern vollpropft, um Höchstsummen zu kassieren.

Das unverschämteste aber ist: sowohl beim HSV wie auch bei der Stadt spricht man zwar von einem „bedauerlichen Vorfall" jedoch für den Schaden will niemand aufkommen. Der HSV beruft sich darauf, daß er bereits auf seine Karte drukken läßt, er übernähme eine Haftung, und die Hamburger Behörden berufen sich zynischerweise darauf, daß die baupolizeilichen Bestimmungen erfüllt gewesen seien. Den Stadt-Behörden wie den HSV-Bonzen kommt es eben in Wirklichkeit nur auf eines beim Fußball an: den Werktätigen durch immer höhere Eintrittspreise und Vergnügungssteuern das Geld aus der Tasche zu ziehen.

Regierung befiehlt: Maulkorb für die Fluglotsen

In den letzten Wochen häufen sich die Meldungen in der Presse über Flugzeugunglücke und Beinah-Zusammenstöße in der Luft. Auch in der Bundesrepublik gab es in den letzten Wochen eine Reihe von Zwischenfällen, bei denen vollbesetzte Passagiermaschinen nur knapp dem Zusammenstoß mit Militärmaschinen entgehen konnten.

Fluglotsen und Piloten haben seit langem die katastrophalen Zustände in der Flugsicherung angegriffen und eine Verbesserung der Luftüberwachung gefordert. Gerade jetzt, wo die Reisezeit wieder beginnt, muß jeder Werktätige, der in seinen verdienten Urlaub fährt, beunruhigt und empört diese Nachrichten hören, die zeigen, wie gleichgültig dem imperialistischen Staatsapparat die Sicherheit in der Luft, nicht anders als auf den Straßen in Wirklichkeit ist — trotz der Propagandamärchen von „Sicherheitsanstrengungen".

Jetzt aber wird das Problem von den staatlichen Stellen energisch angepackt, wie man in einigen Zeitungen lesen konnte: nicht etwa, daß die Überlastung der einzelnen Fluglotsen verringert würde; nicht etwa, daß die Militärflugzeuge ebenfalls der allgemeinen Flugüberwachung unterstellt würden. Weit gefehlt, das alles wäre ja viel zu teuer, und die Militärmaschinen würden viel zu sehr eingeengt in ihren Übungs- und Manövermöglichkeiten.

Nein, in Bonn werden solche Probleme ganz anders „gelöst": den Fluglotsen wurde einfach verboten, in Zukunft noch weiter über Beinahe-Zusammenstöße und andere Zwischenfälle im Luftraum der Öffentlichkeit zu berichten. Und nicht nur dies, auch die Piloten der Fluglinien, die ja nicht direkt der Staatsaufsicht unterstehen und die deshalb nicht so leicht vom Staat per Erlaß in den Griff zu bekommen sind, sollen in Zukunft von den Fluglotsen nicht mehr aufgefordert werden dürfen, solche Zwischenfälle zu berichten.

Wahrlich, eine kostensparende Methode, die statistische Zahl der erfaßten Luftzwischenfälle drastisch zu senken! Man will, so heißt es, den „Anlaß zur breiten Diskussion" beseitigen. Aber auf dieses plumpe Betrugsmanöver wird niemand hereinfallen.

'Heckenschützen' in die Flucht gejagt



Geplant war, daß dieser schwarze Mercedes mit dem Radarkasten zwei Wochen lang als Ausstellungsstück der Mannheimer Bevölkerung vorgeführt werden sollte. Kombiniert mit Photos von Unglücksfällen wollte die Mannheimer Polizei demonstrieren, daß sie angeblich nur aus einem einzigen Grund ihre Radarfallen aufbaut: aus Sorge um Leben und Gesundheit der Bürger. Das Ergebnis aber war, daß die Polizisten den ganzen Tag über die Empörung der Werktätigen zu hören bekamen. Sie wurden als „Fallensteller", „Heckenschützen" und „Schweine" bezeichnet und bekamen offenbar so deutlich die Wut der Werktätigen zu spüren, daß sie bereits am Abend des ersten Tages ihre Sachen zusammenpackten und die Ausstellung für beendet erklärten.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 10-14 Uhr

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 4o. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.